

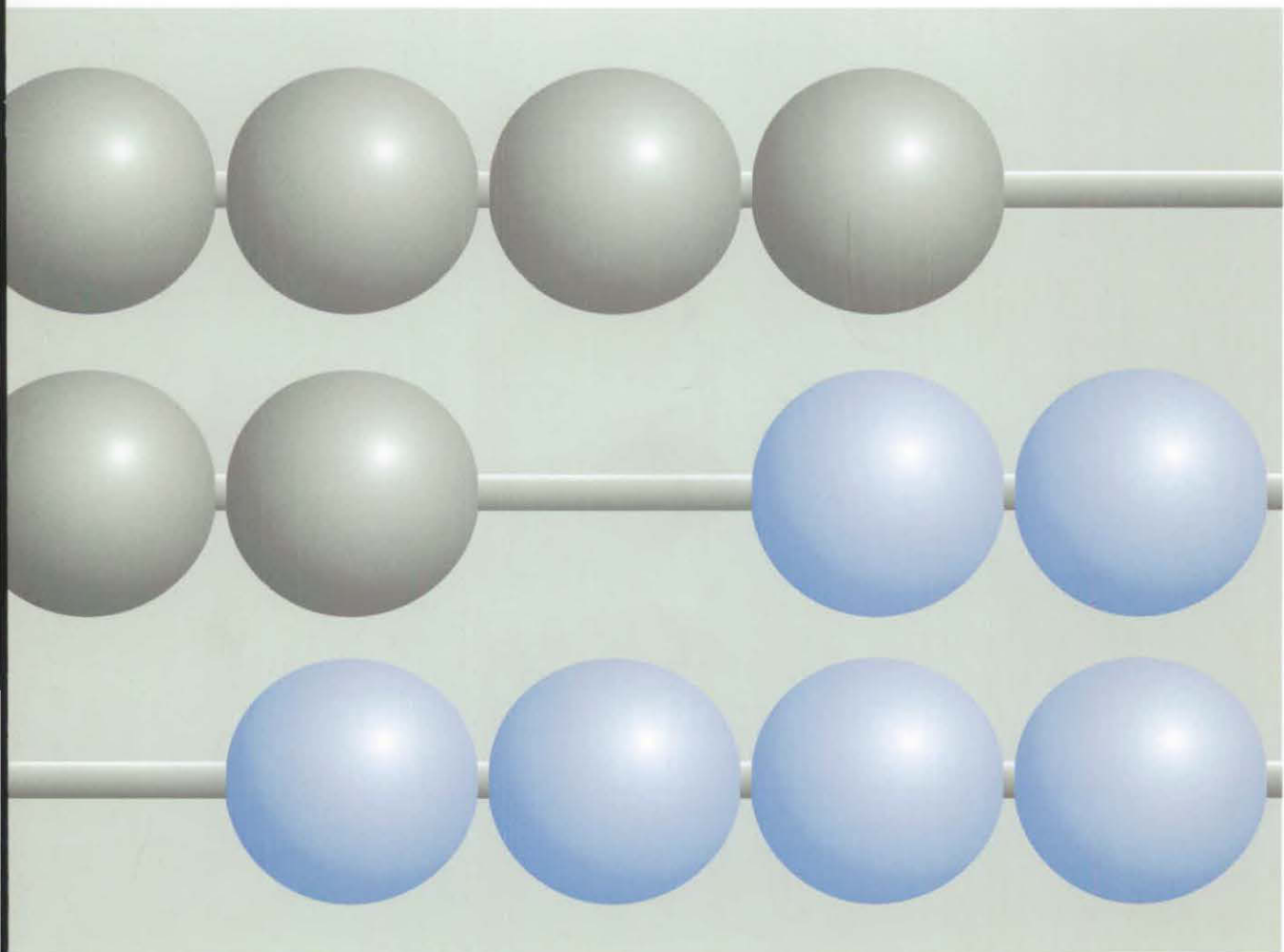
Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



43. Jahrgang, Heft 6
Juni 1991

Tourismus
Ausländer



**Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein**

Impressum

Herausgeber:

Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein

Fröbelstraße 15-17

Postfach 1141

2300 Kiel 1

Telefon (0431) 6895-0

Telefax (0431) 6895 498

Btx * 444 50 #

Schriftleitung:

Bernd Struck

App. 286

Vertrieb:

App. 280

Druck:

Hugo Hamann, Kiel

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 700

Einzelheft DM 3,-

Jahresbezug DM 30,-

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

43. Jahrgang

Heft 6

Juni 1991

INHALT

Kurz gefaßt

130

Aufsätze

Freizeitgestaltung und Erholung
in einer intakten Umwelt

131

Ausländer 1987

136

Entwicklung im Bild

143

Beilage

Zahlenbeilage

Bevölkerungszuwachs

Im ersten Halbjahr 1990 nahm die Bevölkerung Schleswig-Holsteins um 0,7 % auf 2 613 955 Einwohner zu. Damit setzt sich das starke Bevölkerungswachstum des Vorjahres fort. 1989 war die Einwohnerzahl um über 1 % gestiegen.

Die Entwicklung im ersten Halbjahr 1990 beruhte auf einem hohen Wanderungsgewinn von 21 000 Personen; 68 000 zogen nach Schleswig-Holstein und 47 000 verließen das Land. Dabei spielten 28 000 Zuzüge aus dem Ausland und 14 000 aus der Deutschen Demokratischen Republik eine wesentliche Rolle. Ihnen standen lediglich 8 000 Fortzüge in diese Gebiete gegenüber.

Nach den vorläufigen Ergebnissen der natürlichen Bevölkerungsbewegung wurden im ersten Halbjahr 1990 13 821 Geburten und 15 794 Sterbefälle gezählt, womit sich ein Sterbeüberschuß von 1 973 Personen ergab. Die Zahl der Geburten hat wie die der Sterbefälle um 4 % zugenommen.

Starker Anstieg bei Einbürgerungen

1990 erwarben in Schleswig-Holstein 1 397 Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung. Gegenüber dem Vorjahr nahm diese Zahl um 75 % zu. 56 % der Einbürgerungen erfolgten auf Anspruch des Antragstellers, 44 % waren Ermessenseinbürgerungen. Die Zahl der Anspruchseinbürgerungen nahm gegenüber dem Vorjahr um 157 %, die der Ermessenseinbürgerungen um 24 % zu.

683 der neuen deutschen Staatsbürger sind Frauen, 714 Männer. 252 Personen waren unter 15 Jahre alt, 1 103 von 15 bis unter 65 Jahre und 42 waren 65 Jahre und älter.

81 % der Einbürgerungen erfolgten aus einer europäischen Staatsbürgerschaft heraus: Darunter waren 736 Personen mit polnischer, 146 mit sowjetischer, 45 mit rumänischer, 42 mit jugoslawischer und 30 mit türkischer Staatsangehörigkeit.

Verarbeitendes Gewerbe: Exportgeschäft deutlich gedrosselt, Inlandsgeschäft expandiert weiter

Die meldepflichtigen Auftragseingänge in den schleswig-holsteinischen Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes sind im ersten Vierteljahr 1991 um 5,6 % gestiegen. Dabei hielt der gegenläufige Trend von Inlands- und Auslandsgeschäft weiter an. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres führten die um über ein Fünftel (- 22 %) gesunkenen Auslandsordern zu einer spürbaren Beruhigung unter den Bestelleingängen. Bei den Inlandsordern war dagegen eine weitere Zunahme der Nachfrage (+ 22 %) zu beobachten.

Die Entwicklung zu einem spürbar gebremsten Exportgeschäft läßt sich auch aus den Umsatzmeldungen der Betriebe ablesen. Bei einem beachtlichen Erlöszuwachs von insgesamt 14 % nahmen die Entgelte von Kunden aus dem Ausland um 7,3 % ab. Der Inlandsumsatz stieg dagegen um 21 %.

Im gesamten alten Bundesgebiet war der Erlöszuwachs des 1. Quartals 1991 nicht so groß wie in Schleswig-Holstein. Dort stieg — nach noch vorläufigen Berechnungen — in Jahresfrist der Gesamtumsatz nur um 7,9 %.

1,15 Millionen Wohnungen

Ende 1990 gab es in Schleswig-Holstein fast 605 000 Wohngebäude (ohne Wohnheime) mit zusammen 1,12 Mill. Wohnungen. Einschließlich der 27 600 Wohnungen in Nichtwohngebäuden ergibt sich ein Gesamtbestand von 1,15 Mill. Wohnungen. Das sind rund 8 500 Wohnungen oder knapp 1 % mehr als Ende 1989.

Der Bestand an Wohngebäuden umfaßte 453 000 Einfamilien-, 77 000 Zweifamilien- und 75 000 Mehrfamilienhäuser. In den Mehrfamilienhäusern waren 514 000 Wohnungen vorhanden.

Freizeitgestaltung und Erholung in einer intakten Umwelt

Der folgende Beitrag gibt ein Referat wieder, das der Autor beim 4. Wiesbadener Gespräch am 28./29. März 1990 gehalten hat. Das Gespräch stand unter dem Thema „Tourismus in der Gesamtwirtschaft“. Dieses Referat sollte — so auch sein Untertitel — „Anforderungen an die Tourismusstatistik aus der Sicht eines Fremdenverkehrslandes“ schildern. Der Autor hatte einleitend darauf hingewiesen, daß die schleswig-holsteinische Landesregierung gerade ein neues Fremdenverkehrskonzept erarbeite, welches den „sanften Tourismus“ in den Mittelpunkt stelle, dessen Inhalt er bei seinen Ausführungen aber noch nicht berücksichtigen konnte. Dieses Konzept ist inzwischen vom schleswig-holsteinischen Kabinett beschlossen und vom Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr des Landes im April 1991 als Broschüre veröffentlicht worden.

Das Statistische Bundesamt hat im Februar 1991 in Band 17 seiner Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ die Beiträge zum 4. Wiesbadener Gespräch unter dem Titel „Tourismus in der Gesamtwirtschaft“ vorgelegt. Der Band umfaßt 157 Seiten, ist im Verlag Metzler-Poeschel erschienen und kostet 15,80 DM.

Tourismus dient den Menschen

Der statistische Informationsbedarf einer Region hängt von den dort zu erfüllenden Aufgaben, den dabei verfolgten Zielen und von den Wünschen der betroffenen Bevölkerung ab. Aus der Sicht des Fremdenverkehrslandes Schleswig-Holstein — also eines touristischen Zielgebietes — dient Tourismus in erster Linie der Freizeitgestaltung und Erholung des Menschen. Unter den Bedingungen der modernen Industriegesellschaft sind diese elementare Lebensbedürfnisse geworden, und der Bürger darf daher zu Recht erwarten, daß Staat und Gesellschaft hierfür optimale Rahmenbedingungen schaffen oder erhalten. Zunehmender Streß in immer dichter besiedelten Räumen haben diese Bedürfnisse in den letzten Jahren ständig weiter anwachsen lassen. Kürzere Arbeitszeiten und damit mehr Freizeit sowie steigende Einkommen und wachsender Wohlstand haben lange Zeit laufend bessere Möglichkeiten für die Menschen geschaffen, diese Bedürfnisse auch zu befriedigen. Es bleibt gegenwärtig abzuwarten, ob diese Trends weiter anhalten. Auf jeden

Fall wird die Konkurrenz unter den touristischen Zielgebieten weltweit noch weiter zunehmen. Der gemeinsame Markt wird den Menschen obendrein größere berufliche Aktionsradien schaffen und gleichzeitig den Wunsch wecken, bestehende Bindungen durch häufigeren Tourismus aufrechtzuerhalten. Die so plötzlich erfolgte Öffnung der innerdeutschen Grenze dürfte, langfristig gesehen, weitere Impulse geben, deren Richtung und Intensität gegenwärtig allerdings kaum eingeschätzt werden können.

Tourismus ist für ein Fremdenverkehrsland wie Schleswig-Holstein mit knapp 2,6 Mill. Einwohnern aber auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. 1989 wurden dort rd. 17 Mill. Gästeübernachtungen registriert und es läßt sich getrost vermuten, daß weitere 9 Mill. in Privatquartieren hinzukommen. Der damit verbundene Gästestrom unterstützt allein im Gastgewerbe rd. 40 000 Arbeitsplätze und trägt damit nicht unwesentlich zum Sozialprodukt des Landes bei.

Damit ist Tourismus aber auch gleichzeitig in zweifacher Hinsicht in den Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie eingebunden. Auf der einen Seite kommen die Menschen gerade wegen der natürlichen Schönheiten oder Attraktionen der Region, auf der anderen Seite tragen sie durch diese touristische Nutzung zu deren Beeinträchtigung bei — wenn es im Übermaß geschieht. Obwohl aus der Sicht des einzelnen Freizeitgestaltung und Erholung vor allem sein Privatraum sind, bedarf es also dennoch ordnender, gestaltender und unterstützender Kräfte, um die wechselseitigen Anforderungen miteinander in Einklang zu bringen. Hierzu ist vor allem die Ebene „vor Ort“ gefragt, also die Ebene eines Bundeslandes mit seinen vielfältigen Gliederungen.

Viele Institutionen sind beteiligt

Und dieses sind nun beileibe nicht nur die Landesregierung mit ihren zuständigen Fachressorts oder die Landespolitiker. Es sind genauso die Kreise und Gemeinden, die Kurverwaltungen, die regionalen Kammern und Verbände, die Polizei und schließlich auch Vereine und einzelne Firmen sowie die Medien, die alle in dem komplexen touristischen Geschehen wichtige Aufgaben wahrnehmen.

Es ist mir nicht möglich, hier das Tätigkeitsfeld aller genannten Institutionen und Einrichtungen im einzelnen darzustellen, und dennoch wäre gerade dieses eigentlich erforderlich, um ihren konkreten Datenbedarf zu erkennen und zu begründen. Dies ist übrigens ein ganz allgemeines Problem in der amtlichen Statistik. Viele Begründungen zu Statistikgesetzen leiden an mangelnder Konkretheit. Sie ergehen sich allzuoft in allgemeinen Wendungen wie „unabdingbare Voraussetzung für politische Entscheidungen“ oder dergleichen und bleiben damit oftmals sehr abstrakt. Man muß — nebenbei bemerkt — auch erkennen, daß es in dieser oder jener Verwaltung gelegentlich am Umgang mit numerischen Fakten mangelt, was schnell dazu führt, auch deren Beschaffung für überflüssig zu halten.

Informationsbedarf auslösende Aufgabenfelder

Natürlich liegen die Dinge im Tourismusbereich ganz anders. Hier werden statistische Daten als Handlungsgrundlage — um einen Begriff des Bundesverfassungsgerichts aus dem Volkszählungsurteil aufzugreifen — bei der Problemlösung eingesetzt, und hier wird auch die Erfolgskontrolle anhand statistischer Daten ausgeübt.

Zur Begründung des Datenbedarfs lassen sich drei Felder nennen, die das ganze Spektrum einigermaßen umfassend kennzeichnen. Es sind dies

- ein ordnungspolitisch-infrastruktureller Bereich,
- ein sozialpolitischer Bereich und schließlich
- ein ökonomischer Bereich.

Da sie alle dem einen Gebiet „Tourismus“ dienen, ist es selbstverständlich, daß sie sich vielfältig überschneiden und daß die meisten Daten auch zur Problemlösung in allen drei Bereichen benötigt werden. Ich möchte das im folgenden ein wenig erläutern.

Zum ordnungspolitisch-infrastrukturellen Bereich

Auch so etwas Individuelles wie der Tourismus kann sich unter den Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland nicht in völlig unregelmäßigen Bahnen vollziehen. Er kann sich nicht regellos beliebig konzentrieren oder über die Fläche verteilen, wenn er seine Erholungsfunktion erhalten und die Natur nicht über Gebühr belasten will. Mit den Instrumenten von Raumordnung, Landes- und Bauleitplanung sind daher Ordnungs-, Gestaltungs-

und Entwicklungsräume mit jeweils abgestuften Zielen formuliert und bestimmt worden, in denen sich der Tourismus nach verbindlichen Vorgaben entwickeln soll. Sowohl zur Formulierung der Ziele und für die Abgrenzung dieser Räume als auch zur laufenden Beobachtung des jeweils erreichten Entwicklungsstandes ist eine Fülle statistischer Kennziffern über die natürlichen Grundlagen, über Bevölkerung und Reisende sowie über Wirtschaft und Infrastruktur erforderlich. Die Ausweisung von Schutzgebieten für Natur, Landschaft, Wald oder Wasser gehören mit in diese Kategorie. Die von der schleswig-holsteinischen Landesregierung verfolgte moderne Zielsetzung eines „sanften Tourismus“ folgt nämlich aus der Einsicht, daß sich die Fremdenverkehrswirtschaft langfristig nur bei einer intakten Natur sichern läßt. Es geht ihr dabei u. a. auch um eine Steuerung der Tourismusentwicklung zu einer „maßvollen“ touristischen Nutzung ökologisch empfindlicher Landesteile ohne Ausgrenzung der dort lebenden Menschen.

Allgemeine Infrastruktureinrichtungen wie Wasserwerke, Abwasseranlagen, Verkehrs- und Wegenetze, Parkflächen und dergleichen müssen in den Tourismusgebieten unter Berücksichtigung erheblicher Belastungsspitzen ganz anders dimensioniert werden als in reinen Wohngebieten. Hierfür sind Kenntnisse der gegenwärtigen und zukünftigen Tourismusströme auch in ihrer zeitlichen Verteilung, ihrer Struktur und im Verhältnis zur ansässigen Bevölkerung unerlässlich. Auch die speziell für den Tourismus geschaffenen Einrichtungen wie Kurmittelhaus, Schwimmbad, Haus des Gastes und spezielle Sport- und Freizeitanlagen müssen richtig platziert und dimensioniert werden. Schließlich gilt es, Linienführung und Dichte des öffentlichen Personenverkehrs, des Individualverkehrs und auch des Radwegenetzes bedarfsgerecht zu planen und gegebenenfalls nach ökologischen Gesichtspunkten zu beeinflussen.

Zum sozialpolitischen Bereich

Das zweite von mir genannte Tätigkeitsfeld regionaler Stellen auf dem Tourismusgebiet ist der sozialpolitische Bereich. Im Mittelpunkt der Aufgaben aller für den Tourismus zuständigen Stellen stehen die Menschen mit ihren touristischen Bedürfnissen. Letztere sind gruppenspezifisch verschieden. Familien mit Kindern stellen andere Ansprüche als ältere Menschen, Kranke andere als Gesunde, Geschäfts- und Kongreßreisende andere als sportliche Aktivurlauber, Singles andere als Gruppenreisende und Fernreisende andere als Naherholungssuchende. Man muß Größe, Struktur und Entwicklungstendenzen der einzelnen Gruppen kennen, um sein Angebot darauf einzustellen. Das gilt für die Gegenwart und bestimmt noch mehr für die zukünft-

tige Entwicklung. Vielfach besteht ein übergreifender Zusammenhang zu anderen Politikbereichen. So ist z. B. die Förderung des Familienurlaubs kinderreicher Familien zunächst ein sozial- oder familienpolitisches Betätigungsfeld. Wie viele Familien mit drei oder mehr Kindern gibt es in den touristischen Quellgebieten? Wie verteilt sich deren Familieneinkommen auf die verschiedenen Einkommensklassen? Sollen die Familien direkt gefördert werden oder über die sie beherbergenden Touristikbetriebe und die Verkehrsträger?

Spätestens hier wird die informationelle Betroffenheit des Touristikbereichs deutlich. Noch deutlicher wird dieses am Zusammenhang zwischen dem touristischen und dem gesundheitspolitischen Bereich. Heilkuren, Badekuren und Rekonvaleszenzmaßnahmen bringen Hunderttausenden jährlich Linderung vielfältiger Beschwerden. Zwar muß jeder Ort selbst herausfinden, welche natürlichen oder wirtschaftlichen Voraussetzungen ihn befähigen, diesen Menschen ein touristisches Angebot zu machen. Wieweit das in Anspruch genommen wird, hängt aber davon ab, wie groß die Zielgruppen sind und schließlich welche Förderung ihnen aus gesundheitspolitischer Sicht zuteil wird. In welcher Abhängigkeit sich mancher Heilkurort touristisch von staatlichen Maßnahmen im Gesundheitswesen befindet, haben kürzlich die Folgen der notwendigen Gesundheitsreform besonders deutlich werden lassen. Und dies gibt Gelegenheit zum Übergang auf den dritten Bereich, den ökonomischen Aspekt des regionalen Tourismus.

Zum ökonomischen Bereich

Der Tourismus ist ein Markt, der den Gesetzen von Angebot und Nachfrage unterliegt. Ständige Marktbeobachtung und Marktforschung gehören zum beruflichen Repertoire erfolgreicher Manager, und sie gehören genauso zum Repertoire all derer, die gewählt oder berufen wurden, dem Fremdenverkehr vor Ort zu dienen oder ihn zu fördern und zu gestalten. Der Tourismusmarkt ist sogar ein sehr flexibler Markt und neben einer guten Datenbasis gehört viel Gespür dazu, wechselnde Trends frühzeitig auszumachen. Zunächst muß man also wissen, ob konkrete Gästeströme anschwellen oder versiegen, ob die Komfortsuchenden mehr werden oder die Bescheideneren, ob man die Feriententren bevorzugt oder vermehrt das familienverbundene Privatquartier sucht, welches Naherholungspotential zum Füllen von Saisonlücken zu mobilisieren ist und wie sich im Gästestrom das Verhältnis von Langzeit- zu Kurzzeiturlaub oder vom einmaligen Jahresurlaub zum mehrfachen Jahreszeitenurlaub entwickelt? Noch immer konzentrieren sich z. B. in den schleswig-holsteinischen Seebädern gut die Hälfte aller erfaßten

Übernachtungen auf nur drei Sommermonate und mehr als 80 % auf das Sommerhalbjahr. Dies alles berührt die am Tourismus beteiligten Unternehmen und Einrichtungen zentral. Zum Auffüllen der Saisontäler sind weitere Initiativen aus den kulturellen, sportlichen und sonstigen Veranstaltungsbereichen erforderlich. Die Unternehmen gebrauchen hierbei Unterstützung und Beratung von den zuständigen Verwaltungen und Organisationen. Vor allem aber sind sie darauf angewiesen, daß diese Stellen die touristische Vermarktung ihrer Region durch zielgerichtete Werbung für attraktiv und sinnvoll abgegrenzte Reisegebiete unterstützen. Dazu gehört die Kenntnis von Umfang, Struktur und Qualität des Angebots an Beherbergungs-, Gastronomie- und sonstigen touristischen Aktivitäten genauso wie die Kenntnis von Lage und Umfang gegenwärtiger und potentieller touristischer Quellgebiete.

Der Staat fördert durch Investitionszulagen oder -zuschüsse sowie durch Zinszuschüsse, steuerliche Maßnahmen und durch Existenzgründungshilfen die touristischen Unternehmen. Das geschieht mit Steuermitteln, und diese können nur bewilligt werden, wenn der Bedarf faktenreich begründet wird. Schließlich trägt der Tourismus zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes auch gerade entlegener Regionen bei. Regionale Erwerbsquoten sind hier ein viel beachteter Gradmesser für vielfältige regionalpolitische Entscheidungen.

Damit möchte ich den gerafften Überblick über die den tourismusstatistischen Datenbedarf auslösenden Tätigkeitsfelder in einem Fremdenverkehrsland abschließen und nun kurz auf die Deckung des Datenbedarfs eingehen. Hierzu ist bei der gegenwärtigen Datenlage zwischen speziellen Tourismusstatistiken und allgemeinen Datenquellen zu unterscheiden.

Deckung des Datenbedarfs

Die wichtigsten Spezialquellen tourismusrelevanter Daten sind die Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr und die einschlägige Zusatzbefragung zum Mikrozensus. Hinzu kommt die Handels- und Gaststättenzählung als Basiszählung für die Merkmale Arbeitsstätten, Beschäftigte und Umsatz im Gastgewerbe.

Für die hier zu erörternden Aufgabenstellungen ist die auf der Angebotsseite erhobene Beherbergungsstatistik zunächst einmal die wichtigste. Sie stellt bekanntlich allmonatlich die Ankünfte und die Übernachtungen sowie die angebotenen Kapazitäten der Beherbergungsbetriebe fest und erfaßt im Abstand von sechs Jahren mit einer Kapazitätserhebung die wichtigsten Strukturmerkmale der betroffenen Betriebe des Beherbergungsgewerbes. Neben dem inhaltlichen liegt ihr

besonderer Wert für ein Fremdenverkehrsland darin, daß für die vorhin genannten vielfältigen Zwecke kurzfristig und kontinuierlich Regionalergebnisse bis hin zur Gemeindeebene oder gar bis zum Gemeindeteil anfallen. Die auf der Nachfrageseite erhobene Haushaltsbefragung im Rahmen des Mikrozensus bietet diese Möglichkeit nicht. Sie soll dagegen über die in einer größeren Region lebenden Menschen aussagen, warum, wie oft und mit welchem Verkehrsmittel sie reisen, wohin sie im In- und Ausland fahren, wie lange die Reisen dauern und schließlich, welche Art von Unterkunft dabei beansprucht wurde.

Mängel im Berichtssystem

Leider haben nun diese beiden wichtigsten touristischen Basisstatistiken zu Beginn und Mitte der 80er Jahre so gravierende Einschnitte erfahren, daß sie ihren Zweck für die touristischen Aufgabenstellungen in einem Fremdenverkehrsland nur noch sehr unzureichend erfüllen können. Der gravierendste Einschnitt aus der Sicht eines Fremdenverkehrslandes liegt in der Beschränkung der Beherbergungsstatistik auf die gewerblichen Betriebe, also auf die Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten. In einem Wirtschaftsbereich, in dem durch eine solche Maßnahme in einem Land 50 % des Angebotes — und örtlich noch mehr — aus der Berichterstattung herausgenommen werden, kann damit keine zutreffende Information mehr erzielt werden. Außerdem gibt es zunehmend Abgrenzungsschwierigkeiten bei der Erfassung. Hier ist zwingend zu fordern, diese Fehlentscheidung zu korrigieren. Sicherlich ist das Belastungsproblem für die Betriebe hierbei zu beachten. Aber hier geht es vermutlich weniger um den Umfang oder Schwierigkeitsgrad der Einzelmeldung als um die laufende Verpflichtung zur Meldung. Es muß daher nicht genau die gleiche Intensität der Berichterstattung wie im gewerblichen Bereich installiert werden, so sind z. B. zeitliche Zusammenfassungen und Einschränkungen auf ausgesprochene Tourismusgebiete denkbar. Schließlich sollte angestrebt werden, das Dauercamping bundesweit zu erfassen. Gerade diese oft vom übrigen Tourismus räumlich abgesetzte Form der Feriengestaltung hat in den letzten Jahren ein großes Gewicht bekommen, mit eigenen Problemen in Landschaftsverbrauch, Entsorgung und spezieller touristischer Umweltbelastung.

Die zweite touristische Basisstatistik, die 0,1 %-Haushaltsbefragung im Rahmen des Mikrozensus hatte bereits in früheren Jahren nur einen eingeschränkten Nutzen für die praktische Verwendung in einem Fremdenverkehrsland, weil sie infolge des geringen Stichprobenauswahlsatzes viele interessierende Größen, z. B. über Herkunftsländer der Gäste, Reisezweck oder

Reisehäufigkeit, nicht mit der erforderlichen Validität auswies. Fast auf den Nullpunkt gesunken ist der Nutzen ab 1985, seitdem auf freiwillige Auskunftserteilung übergegangen ist. Die Folgen dieser Umstellung hat das Statistische Bundesamt eindrucksvoll anhand zahlreicher Inkonsistenzen zu anderen Informationen dokumentiert. Es hat den Schluß daraus gezogen, selbst auf Bundesebene keine absoluten Größen mehr zu veröffentlichen, sondern nur relative Zusammenhänge aufzuzeigen, und selbst das noch unter Hinweis auf zahlreiche mögliche Verzerrungen. Angesichts des durchaus bestehenden Bedarfs an nachfrageorientierten Tourismusdaten ist hier eine gründliche Neuorientierung erforderlich. Die sich dabei abzeichnende Problematik ist sehr komplex. Zur Erzielung valider Daten wäre aus tourismusstatistischer Sicht sicherlich eine eigenständige Stichprobe mit deutlich höherem Auswahlsatz und Auskunftspflicht anzustreben. Eine inhaltliche Forderung sollte dabei auch die sein, zukünftig die Kurzreisen, die weniger als 5 Tage gedauert haben, mit in das Programm einzubeziehen.

Nach den Erfahrungen mit dem Erlaß eines neuen Mikrozensusgesetzes ist allerdings zu bezweifeln, ob der Gesetzgeber hier den fachbezogenen Argumenten folgen wird. Wenn man die Beschaffung von Daten zur besseren Gestaltung der Lebensverhältnisse unserer Bevölkerung als Schnüffelei im persönlichen Umfeld einzelner diffamiert, bringt man nach meiner persönlichen Einschätzung nicht nur das Verhältnis von Eigensinn zu Gemeinsinn in eine gefährliche Schiefelage, sondern riskiert auch, daß politische Entscheidungen mangels zuverlässiger Daten immer mehr irrationalen Einflüssen unterliegen werden.

Weitere Informationsquellen

Auf weitere kleinere touristische Spezialstatistiken möchte ich hier nicht eingehen, da sie den speziellen Informationsbedarf eines Landes weniger betreffen. Abschließen möchte ich vielmehr mit einem Hinweis auf nicht zu vernachlässigende allgemeine Informationsquellen, also auf die Bedeutung einer gut ausgebauten, konsistenten, allgemeinen, informationellen Infrastruktur sowohl für die Region als auch für die übergeordneten Ebenen. Diese muß nicht allein durch die amtliche Statistik bereitgestellt werden. Gerade wo es um Wünsche, Meinungen und Erwartungen geht — und das ist im Tourismusbereich nicht selten der Fall — oder wenn es um örtliche Besonderheiten geht, sind Beiträge von Meinungs- und Sozialforschung oder branchenorientierten Instituten unverzichtbar. Aber auch sie gebrauchen allgemeine Grunddaten aus der amtlichen Statistik zur Justierung oder Ergänzung ihres Materials. Gemeint sind hier insbesondere demografische

Daten, aber auch solche über Handel und Gewerbe, Flächennutzung, Personenverkehr bis hin zu Wohnraum, Einkommen und Verbrauch, Gesundheit und kulturellem Angebot. Ein ganz besonderes Gewicht werden zukünftig auch für den Tourismus umfangreiche Daten zur Umweltqualität bekommen. Zwar ist es im Augenblick noch nicht möglich, hierfür einen konkreten Datenkranz vorzulegen. Es liegt jedoch auf der Hand, daß solche Daten sowohl für Maßnahmen und Erfolgskontrolle eines sanften Tourismus als auch für die Vertrauensbildung beim Gast in die Qualität seines Urlaubsortes immer wichtiger werden.

Es ist in diesem Teilnehmerkreis sicherlich nicht erforderlich, die Volks-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987 nachträglich erneut zu rechtfertigen. Festzustellen ist aber, daß durch die Ergebnisse dieses Zählungswerks gerade in den Fremdenverkehrsgemeinden u. a. völlig desolate Daten über die Einwohnerzahlen richtig gestellt wurden, neue Erkenntnisse über die Verbreitung von Ferienwohnungen gewonnen wurden und auch die tourismusrelevanten Arbeitsstätten nach langer Zeit wieder nachgewiesen werden können. Detaillierte demografische Daten ermöglichen außerdem neue Bevölkerungsvorausrechnungen zur Abschätzung des Tourismuspotentials von morgen.

Für den weiteren Verlauf des gesamten Tourismus von grundlegender Bedeutung ist auch die gesamtwirt-

schaftliche Entwicklung. Gradmesser hierfür sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Leider ist es bisher nicht möglich, hieraus für den Tourismussektor gesonderte Daten auszuweisen.

Die Verbesserung der tourismusrelevanten Aussagefähigkeit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist daher eine erwünschte aber sicher nicht einfache Aufgabe. Vielleicht führt der beabsichtigte Weg über ein entsprechendes Satellitensystem einen Schritt voran. Schließlich wäre auch über die Probleme der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hinaus eine tourismusbezogene Überarbeitung der Fragenkataloge und Auswertungen laufender oder einmaliger Bundesstatistiken zur Abdeckung des Datenbedarfs in einem Fremdenverkehrsland von Nutzen.

Abschließend bleibt auch und gerade aus der Sicht eines Fremdenverkehrslandes zu hoffen, daß es durch gemeinsame Anstrengungen gelingt, das allseits angestrebte Ziel eines konsistenten, vielseitigen tourismusstatistischen Informationssystems zu erreichen. Daß ein solches System den Konsumenten laufend in Form fachübergreifender Veröffentlichungen sowie in modernen elektronischen Medien zur Verfügung stehen muß, sollte dann bereits eine Selbstverständlichkeit sein.

Dr. Dieter Mohr

Ausländer 1987

Nach dem heute noch gültigen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913 wird die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt, Legitimation, Annahme als Kind oder Einbürgerung erworben. Für die Bundesrepublik Deutschland sind alle Personen Ausländer, die keine deutsche Staatsangehörigkeit erlangt haben, staatenlos sind oder deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist. Auch die in der Bundesrepublik anwesenden nichtdeutschen Flüchtlinge zählen zu den Ausländern. Dagegen sind Flüchtlinge und Vertriebene deutscher Volkszugehörigkeit sowie deren Ehegatten oder Abkömmlinge, die in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden haben, Deutsche im Sinne des Grundgesetzes (Artikel 116 Absatz 1). Aber auch Ausländer, die sich im Inland niedergelassen haben, können auf Antrag die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen.

Der Begriff der Staatsangehörigkeit lehnt eng an dem des Staates an. Unter dem Wort Staat wird eine politische Einheit verstanden. Das Wort Land bezeichnet ein Gebiet. Das Volk im Sinne einer Nation steht dagegen für einen Zusammenschluß von Menschen, die durch eine gemeinsame Tradition verbunden sind und auf demselben Gebiet leben. Dagegen steht die ethnische Definition des Volkes. Demnach bezeichnet das Wort Volk die Anzahl von Menschen, die durch eine gemeinsame historische Vergangenheit miteinander verbunden sind und die gleiche Sprache sprechen, also nicht auf demselben Gebiet oder in demselben Staate leben müssen.¹

Fortschreibung und AZR überhöht

Zwischen zwei Volkszählungen wird der Bevölkerungsstand auf Basis der ersten Volkszählung und unter Einbeziehung der Zu- und Fortzüge, Geburten- und Sterbefälle fortgeschrieben. Dabei sind aber die Einbürgerungen nicht berücksichtigt² und die Ausländer

1) nach Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Mehrsprachiges Demographisches Wörterbuch; Boppard am Rhein, 1987, S. 52 und 60

2) Seit der Volkszählung 1987 werden die Einbürgerungen in der Fortschreibung Schleswig-Holsteins berücksichtigt

nicht nach ihrer Staatsangehörigkeit differenziert ausgewiesen worden, deshalb wurde das Ausländerzentralregister (AZR) als Quelle für statistische Aussagen über die Ausländer bevorzugt. Daß aber dieses Register und die Fortschreibung zu einer Überhöhung der Ausländerzahl neigen, deckte die Volkszählung am 25. Mai 1987 auf. Diese Totalerhebung ergab eine Zahl von 76 000 Ausländern mit Wohnsitz in Schleswig-Holstein. Nach dem Ausländerzentralregister vom 31. 12. 1986 hätten es 87 000 Personen sein sollen — nach der Fortschreibung bis zum 24. 5. 1987 sogar 94 000.

Diese Differenzen von fast 11 000 bzw. 18 000 Personen dürften hauptsächlich durch das Unterlassen von Abmeldungen bei Fortzügen über die Landesgrenze zu erklären sein (sog. Karteileichen). Das Ergebnis des Ausländerzentralregisters wich damit um 15 % und das der Fortschreibung um 24 % von dem der Volkszählung ab. Auf Bundesebene fielen diese Abweichungen mit 9,4 % am 30. Juni 1987 (AZR) bzw. 14 % (Fortschreibung) zwar geringer aus, aber aufgrund der zusätzlichen Wanderungsströme zwischen den Bundesländern als weitere Fehlerquelle war diese Differenz zu vermuten.

Schleswig-Holstein mit niedrigstem Ausländeranteil

Zum Stichtag der Volkszählung 1987 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 4,1 Mill. Ausländer gezählt. Damit betrug der Ausländeranteil — auch die Ausländerquote genannt — 6,8 %.

1,3 Mill. Ausländer oder 30 % lebten im Mai 1987 im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen. Der Ausländeranteil lag dort mit 7,5 % nur wenig über dem Bundesdurchschnitt. Höhere Quoten waren in Hessen, Baden-Württemberg und Hamburg zu verzeichnen. Den höchsten Ausländeranteil aber hatte (West-)Berlin, wo mehr als jede zehnte Person keine deutsche Staatsbürgerschaft besaß.

Die kleinste Ausländerquote wurde mit 3,0 % in Schleswig-Holstein festgestellt. Relativ wenige Auslän-

**Ausländer in den Bundesländern am 25.5.1987
in % der Bevölkerung**
— jeweils am Ort der Hauptwohnung —

Land	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Schleswig-Holstein	3,0	3,3	2,7
Hamburg	9,3	11,1	7,6
Niedersachsen	3,7	4,3	3,2
Bremen	6,8	8,0	5,8
Nordrhein-Westfalen	7,5	8,7	6,5
Hessen	8,6	9,8	7,4
Rheinland-Pfalz	4,2	4,8	3,6
Baden-Württemberg	9,1	10,5	7,9
Bayern	5,6	6,5	4,8
Saarland	4,1	4,9	3,4
Berlin (West)	11,1	12,9	9,5
Bundesgebiet	6,8	7,8	5,8

der wohnten noch in Niedersachsen (3,7 %), im Saarland (4,1 %) und in Rheinland-Pfalz (4,2 %).

Die ausländischen Männer verteilen sich auf die Bundesländer etwa so wie die ausländischen Frauen. In jedem Bundesland lebten mehr Ausländer als Ausländerinnen. Am 25. Mai 1987 wohnten 2,3 Mill. oder 7,8 % Männer und 1,8 Mill. oder 5,8 % Frauen in der Bundesrepublik, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besaßen. Daß es mehr Männer als Frauen sind, ist in erster Linie dadurch zu erklären, daß gerade Männer in die Bundesrepublik wandern, um Arbeit zu finden. 63 % der männlichen und nur 36 % der weiblichen Ausländer waren Erwerbspersonen.

Im folgenden Teil dieses Aufsatzes sollen die Volkszählungsergebnisse über Ausländer im nördlichsten Bundesland dargestellt werden.

Einst Dänen — heute Türken

Zur Volkszählung 1987 wohnten in Schleswig-Holstein 76 000 Ausländer — 40 000 Männer und 36 000 Frauen. Dies ist die bei weitem höchste Ausländerzahl, die bei einer Volkszählung in Schleswig-Holstein festgestellt wurde. Noch vor über 100 Jahren — am 1. 12. 1871 — hatten 19 000 oder 1,8 % Ausländer in der Provinz Schleswig-Holstein gelebt. Die mit 69 % größte Gruppe hatten dabei die 13 000 Dänen gestellt.

In den folgenden beiden Jahrzehnten war die ausländische Bevölkerung auf 38 000 Personen oder 3,1 % angestiegen. Dieser Anstieg war hauptsächlich durch die Dänen verursacht worden (30 000 oder 79 % der Ausländer). Bis zur Volkszählung am 1. Dezember 1910 war der Ausländeranteil auf 2,0 % gesunken. Von den nun 33 000 Ausländern war nicht einmal jeder zweite (15 000 oder 47 %) ein Angehöriger des dänischen Nachbarstaates gewesen. Andere Staatsangehörige hatten an Bedeutung gewonnen: Österreich-Ungarische Monarchie (7 000), Schweden (2 000), Italien und Niederlande (je 1 000).

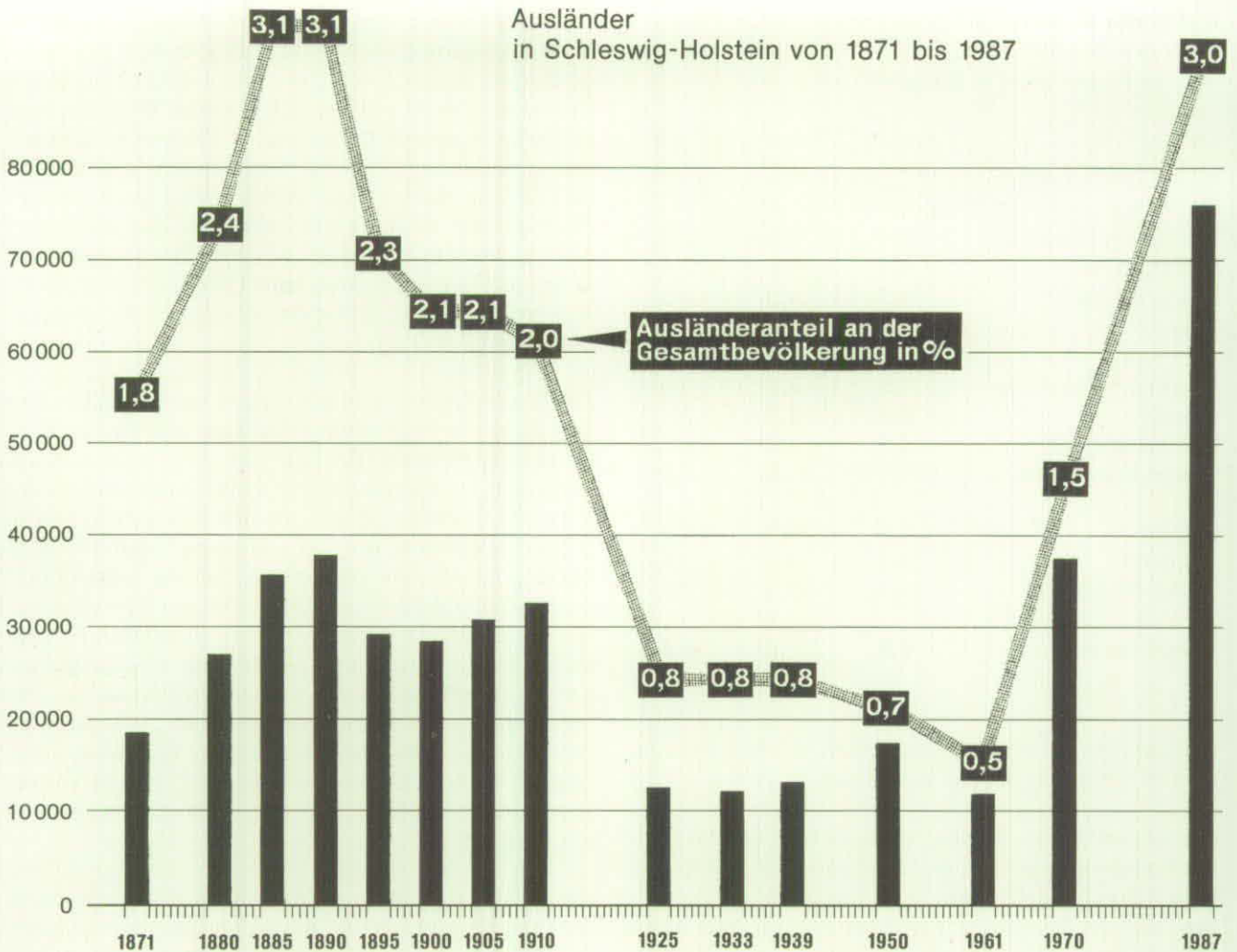
Der Erste Weltkrieg brachte dann einen großen Einschnitt in die Entwicklung der Zahl der Ausländer in Schleswig-Holstein. Am 15. Juni 1920 mußte Nord-schleswig, ein Gebiet von fast 4 000 Quadratkilometern mit einer Bevölkerung von 166 000 Menschen, an Dänemark abgetreten werden. Die darauffolgende Volkszählung am 16. Juni 1925 ergab, daß nur noch 13 000 Ausländer in Schleswig-Holstein lebten. Darunter waren nur noch 2 000 Dänen (17 %). Zusätzlich zur Gebietsabtretung hatte eine Änderung im Erfassungsprinzip die Abnahme der Ausländerzahl bewirkt. Bis 1910 waren auch die nur vorübergehend anwesenden Ausländer (in Hafenstädten, Kurorten, Grenzorten) mitgezählt worden. Dieses Konzept der ortsanwesenden Bevölkerung war 1925 durch das der Wohnbevölkerung abgelöst worden.

Der Ausländeranteil von 0,8 % blieb in den nächsten Jahrzehnten etwa gleich. Am 6. Juni 1961 erreichte die Ausländerquote mit 0,5 % den Tiefststand. Bis zur folgenden Volkszählung am 27. Mai 1970 verdreifachte sich die Ausländerzahl auf 37 000 bzw. 1,5 %. Dabei war etwa jeder Fünfte ein Türke. Am 25. Mai 1987 wurden mit 76 000 oder 3,0 % abermals doppelt soviel Ausländer gezählt. Nun besaßen sogar 39 % aller ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger die türkische Staatsbürgerschaft.

Kreisfreie Städte mit höchsten Ausländerquoten

Mit 12 000 oder 5,2 % der Bevölkerung lebten zur Volkszählung 1987 die relativ meisten Ausländer in Kiel. Die übrigen kreisfreien Städte verzeichneten mit 5,2 % in Lübeck, 4,5 % in Flensburg und 4,4 % in Neumünster die nächsthöchsten Ausländeranteile. Auch der Kreis Pinneberg lag mit 4,3 % deutlich über dem Landesdurchschnitt von 3,0 %. Am wenigsten Ausländer lebten in Dithmarschen (1 400) und Plön (1 300), wo gerade jede 100. Person (1,1 %) eine fremde Staatsangehörigkeit besaß.

Ausländer
in Schleswig-Holstein von 1871 bis 1987



Volkszählungen; jeweiliger Gebietsstand;
bis 1910 ortsanwesende Bevölkerung, ab 1925 Wohnbevölkerung, 1987 Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung;
ab 1925 einschließlich Staatenlose; bis 1961 ohne Ausländer mit ungeklärter Staatsangehörigkeit

D 5965 Stat. LA S-H

In Schleswig-Holstein betrug die Ausländerquote bei den Männern 3,3 % und bei den Frauen 2,7 %. Nur in Schleswig-Flensburg lag der Ausländeranteil der Frauen mit 1,7 % über dem der Männer mit 1,4 %.

Nun wurde bei der Volkszählung nicht nur nach deutscher und nicht-deutscher Staatsangehörigkeit unterschieden. In der Frage 5 des Personenbogens konnten sich die Ausländer in eine von sechs Antwortmöglichkeiten eintragen: griechische, italienische, übrige EG-Staaten (Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien), jugoslawische, türkische oder sonstige bzw. keine Staatsbürgerschaft.

Die Auswertung ergab, daß die Türken mit 30 000 Personen oder 39 % die größte Gruppe stellten. Jeder 18. Ausländer besaß die jugoslawische Staatsangehörigkeit

(4 300 Personen oder 5,7 %). 3 000 Italiener (4,0 %) und 2 700 Griechen (3,6 %) lebten am 25. Mai 1987 in Schleswig-Holstein. Fast jeder fünfte Ausländer (14 000 oder 18 %) war Staatsbürger eines anderen EG-Staates. Nach dem Ausländerzentralregister dürften hier die Dänen mit ca. 4 000 Personen die größte Gruppe stellen. Fast jeder Dritte (30 %) gab an, einem anderen oder keinem Staat anzugehören. Hier dürften die Polen die bedeutsamste Gruppe darstellen.

Die Ergebnisse der einzelnen Kreise lagen teilweise weit entfernt vom Landesdurchschnitt. Die Anteile der Türken an den Ausländern streuten von 9 % in Schleswig-Flensburg bis 64 % in Neumünster. In sieben von 15 Kreisen dominierten die türkischen Ausländer.

Ausländer der EG-Staaten stellten die stärkste Gruppe in den drei Kreisen Flensburg (42 %), Nordfriesland

Ausländer am Ort der Hauptwohnung in Schleswig-Holstein am 25.5.1987

KREISFREIE STADT Kreis	Anzahl	In % der Bevölkerung		
		insgesamt	männlich	weiblich
FLENSBURG	3 878	4,5	4,7	4,3
KIEL	12 410	5,2	6,0	4,5
LÜBECK	11 044	5,2	6,1	4,5
NEUMÜNSTER	3 481	4,4	5,0	3,8
Dithmarschen	1 422	1,1	1,3	1,0
Hzgt. Lauenburg	5 087	3,3	3,5	3,1
Nordfriesland	2 199	1,5	1,5	1,4
Ostholstein	2 828	1,5	1,7	1,4
Pinneberg	11 097	4,3	4,7	3,9
Plön	1 259	1,1	1,1	1,1
Rendsburg-Eckernförde	3 966	1,6	1,8	1,5
Schleswig-Flensburg	2 755	1,6	1,4	1,7
Segeberg	6 991	3,3	3,6	3,0
Steinburg	2 433	1,9	2,1	1,8
Stormarn	5 034	2,6	2,8	2,5
Schleswig-Holstein	75 884	3,0	3,3	2,7

Ausländer am Ort der Hauptwohnung in Schleswig-Holstein am 25.5.1987 nach der Staatsangehörigkeit in %

KREISFREIE STADT Kreis	Türkei	EG-Staat	Sonstiger Staat/ keine Staatszugehörigkeit
FLENSBURG	30,9	42,0	27,1
KIEL	52,7	12,3	35,0
LÜBECK	49,3	18,4	32,3
NEUMÜNSTER	64,0	10,9	25,2
Dithmarschen	23,2	28,6	48,2
Hzgt. Lauenburg	52,5	19,8	27,8
Nordfriesland	10,6	49,1	40,4
Ostholstein	13,0	32,4	54,6
Pinneberg	40,1	28,1	31,8
Plön	10,4	32,6	56,9
Rendsburg-Eckernförde	31,3	26,0	42,6
Schleswig-Flensburg	8,7	60,3	31,0
Segeberg	30,3	30,1	39,6
Steinburg	45,6	26,3	28,1
Stormarn	25,1	33,4	41,5
Schleswig-Holstein	39,0	25,8	35,2

(49 %) und Schleswig-Flensburg (60 %). Hier dürfte das dänische Nachbarland die bedeutende Rolle spielen.

Auffallend ist, daß jeder zehnte (10 %) der 7 000 Ausländer im Kreis Segeberg dem jugoslawischen Staat angehörte.

Wenig ausländische Senioren

Im folgenden werden die ausländische und die deutsche Bevölkerung Schleswig-Holsteins miteinander verglichen. Dabei soll auf Alter, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Bildungsstruktur, Erwerbsquoten und die Bevölkerungsentwicklung eingegangen werden.

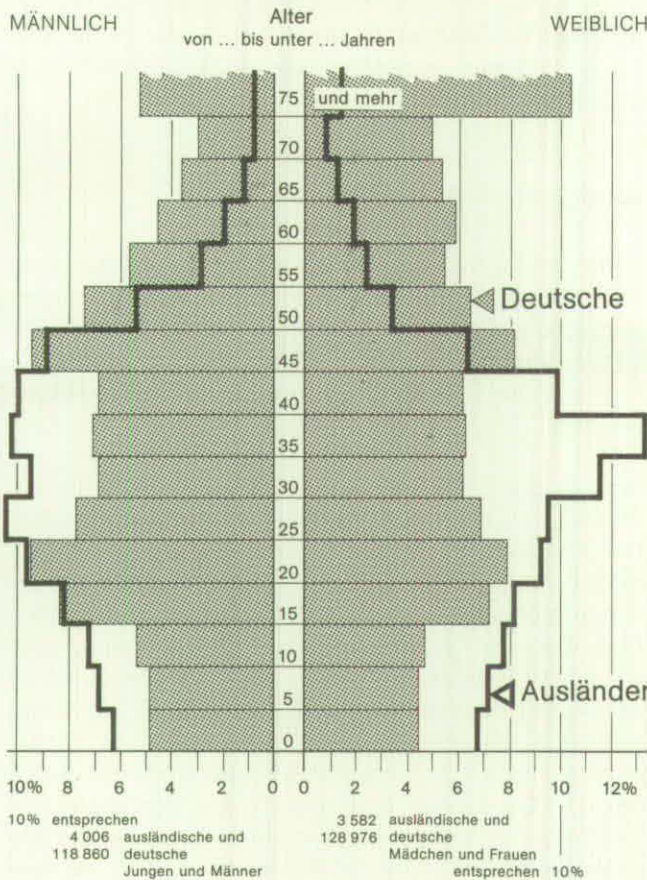
Am 25. Mai 1987 lebten fast 2,5 Mill. deutsche und 76 000 ausländische Personen in Schleswig-Holstein. Der Altersaufbau dieser Ausländer wies den einer typischen Migrationsbevölkerung auf. Wenig älteren Personen stehen viele Personen mittleren Alters gegenüber. Dagegen zeigte die deutsche Bevölkerung eine alterslastige Struktur³. Werden die älteren Personen als diejenigen bezeichnet, die 65 Jahre und älter sind, und die Kinder als diejenigen im Alter unter 15 Jahren, dann rechneten bei Ausländern nur 3 % zu den Alten, bei den Deutschen dagegen 16 %. Der Anteil der Kinder betrug bei den Deutschen 14 %, dagegen war jeder fünfte Ausländer (21 %) ein Kind. Wie nachher gezeigt wird, ist diese Beobachtung auch durch die höhere Fruchtbarkeit zu begründen. Die Überalterung der deutschen Bevölkerung wird besonders durch das Verhältnis der älteren zu den jüngeren Personen ausgedrückt. Diese Beziehungszahl wird auch Age-Child-Ratio genannt. Bei der deutschen Bevölkerung betrug sie 117. Es gab also 17 % mehr alte als junge Menschen. Bei den Ausländern belief sich die Age-Child-Ratio auf 15. Auf jeden ausländischen Alten kamen also fast sieben Jüngere. Wie sind diese gravierenden Unterschiede entstanden?

Bei den Ausländern sind üblicherweise verstärkt Personen im — demographisch — erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) zugezogen. Drei Viertel (76 %) der Ausländer zählten zu den Erwerbsfähigen. Es gab 1987 wenig ausländische Senioren, da viele Ausländer noch nicht die 65-Altersjahrgrenze erreicht haben. Außerdem sind viele Ausländer zurückgewandert, um ihren Ruhestand in der Heimat zu verbringen.

3) Siehe hierzu auch Heft 8/1990 dieser Zeitschrift.

**Altersaufbau
der deutschen und der ausländischen Bevölkerung
in Schleswig-Holstein am 25.5.1987**

D 5966 Stat. LA S-H



**Ausländer und Deutsche in Schleswig-Holstein
am 25. Mai 1987 nach dem Familienstand in %**

Familienstand	Ausländer	Deutsche
Ledig	42,8	38,5
Verheiratet	51,3	47,6
Verwitwet	2,2	9,5
Geschieden	3,7	4,4
Insgesamt	100	100

51 % der Ausländer und 48 % der Deutschen gaben an, verheiratet zu sein. Dabei fiel der Unterschied bei den Frauen besonders groß aus: 54 % verheiratete Ausländerinnen gegenüber 46 % deutschen Ehefrauen.

Auch wenn die Verheiratetenquote bei den ausländischen Männern mit 49 % unter der der ausländischen Frauen lag, ist es falsch, nur deswegen anzunehmen, daß ausländische Frauen eher als Männer einen deutschen Partner ehelichten. Im Gegenteil, es gab sogar mehr verheiratete Ausländer (19 600) als Ausländerinnen (19 300). Wahrscheinlich haben einige ausländischen Männer ihre Ehefrauen nicht nach Schleswig-Holstein mitgenommen, weil diese möglicherweise nachreisen wollen, eine Scheidung ansteht oder der Ehemann bald rückwandern möchte.

Beim Familienstand „geschieden“ fiel der Unterschied nach dem Gesichtspunkt „deutsch bzw. nicht-deutsch“ nur gering aus (4,4 % bzw. 3,7 %).

Auch sind viele Ausländer eingebürgert worden. In dem Zeitraum von 1970 bis 1987 waren es fast 7 000 Personen, die dadurch die deutsche Staatsangehörigkeit erlangt haben.

Kaum verwitwete Ausländer

Weil sich deutsche und ausländische Bevölkerung im Altersaufbau unterscheiden, sind sie auch dem Familienstand nach verschieden. Weil relativ wenig Ausländer alt sind, waren am 25. Mai 1987 auch nur 2,2 % verwitwet. Dagegen gehörten 9,5 % der Deutschen in Schleswig-Holstein zu den Verwitweten. Besonders bei den Witwen differierten diese Anteile: 3,6 % bei den Ausländern und 16 % bei den Deutschen.

Weil umgekehrt unter den Ausländern sehr viel mehr junge Menschen sind als unter den Deutschen, sind bei ihnen auch sehr viel mehr Personen noch ledig. Bei der Volkszählung 1987 waren es 43 % gegenüber 39 % bei den Deutschen.

Viele islamische Ausländer

Zur Volkszählung 1987 wurde die Bevölkerung auch nach der rechtlichen Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft befragt. Dabei wurden die erwarteten großen Unterschiede zwischen der ausländischen und der deutschen Bevölkerung in Schleswig-Holstein quantifiziert.

Während drei von vier Deutschen (76 %) der evangelischen Kirche zugehörten, war es bei den Ausländern jeder Achte (13 %). Die größte Gruppe der Ausländer gehörte zur islamischen Religionsgesellschaft (42 %). Dies ist dadurch zu erklären, daß die Türken mit 39 % den größten Teil der ausländischen Bevölkerung stellen. Fast jeder fünfte Ausländer (19 %) gehörte der römisch-katholischen Kirche an, bei den Deutschen gerade jeder 17. (6 %).

Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung in Schleswig-Holstein am 25.5.1987 nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft in %

Religionszugehörigkeit	Deutsche	Ausländer
Römisch-katholische Kirche	5,8	19,4
Evangelische Kirche	76,0	12,8
Islamische Religionsgemeinschaft	0,1	41,9
Andere Religionsgesellschaften	1,2	9,7
Keiner Religionsgesellschaft rechtlich zugehörig	14,9	12,6
Fälle ohne Angabe	2,1	3,7
Insgesamt	100	100

Relativ viele Deutsche (15 %) und Ausländer (13 %) gehörten keiner Religionsgesellschaft rechtlich an. Bemerkenswert ist, daß die deutsche Bevölkerung über die Religionszugehörigkeit etwas bereitwilliger Auskunft gab als die ausländische. 3,7 % der Ausländer und 2,1 % der Deutschen ließen diese Frage unbeantwortet.

Ausländer mit höheren Bildungsabschlüssen

Berücksichtigt man die jüngere Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung gegenüber der deutschen, dann überrascht nicht, daß relativ mehr Ausländer am 25. Mai 1987 Schüler bzw. Studenten oder noch nicht

Deutsche und Ausländer im Alter von 15 bis 64 Jahren in Schleswig-Holstein am 25. Mai 1987 nachdem Ausbildungsstand in %

	Deutsche	Ausländer
Höchster allgemeiner Schulabschluß:		
Volks-, Hauptschule	48,8	59,5
Realschule oder gleichwertiger Abschluß	20,8	18,0
(Fach-) Hochschulreife	9,8	18,2
Höchster berufsbildender Abschluß:		
Berufsfachschule	4,1	3,6
Fachschule	5,4	4,6
Fachhochschule	3,1	3,5
Hochschule	4,2	6,9

in der Schulausbildung waren. Fast jeder zehnte Ausländer (9,2 %), aber nur jeder 16. Deutsche (6,3 %) war ein noch nicht eingeschultes Kind. Auch gab es mit 19 % relativ mehr ausländische als deutsche Schüler und Studenten (14 %).

Die Gliederung der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahre nach dem höchsten allgemeinen Schulabschluß zeigt, daß 60 % der Ausländer und nur 49 % der Deutschen den Abschluß einer Volks- bzw. Hauptschule besaßen. Während aber bei den Deutschen jeder Zehnte (9,8 %) die (Fach-)Hochschulreife erlangt hatte, war es bei den Ausländern fast jeder Fünfte (18 %). Besonders auffällig stellte sich diese Differenz bei den Frauen dar — mit 18 % gegenüber 7,6 %. Vor allem die Ausländer aus den „übrigen EG-Staaten“ (24 %) und diejenigen mit sonstiger/keiner Staatsangehörigkeit (31 %) hatten relativ häufig die (Fach-)Hochschulreife.

Auch dem höchsten berufsbildenden Abschluß nach sind die Ausländer höher qualifiziert. Während bei den Ausländern 3,5 % die Fachhochschule und sogar 6,9 % die Hochschule erfolgreich absolviert hatten, waren es bei den Deutschen 3,1 % bzw. 4,2 %. Gerade bei den Hochschulabsolventinnen ergab sich ein deutlicher Unterschied mit 7,2 % bei der ausländischen und 3,2 % bei der deutschen Bevölkerung in Schleswig-Holstein. Auch hier hatten die Ausländer aus den „übrigen EG-Staaten“ mit 12 % und diejenigen sonstiger oder keiner Staatsangehörigkeit mit 11 % die relativ meisten Hochschulabschlüsse.

Allerdings ist der alterslastige Aufbau der deutschen Bevölkerung zu berücksichtigen. Denn gerade die Älteren hatten deutlich schlechtere Möglichkeiten als heute die Jüngeren, einen höheren Abschluß zu erlangen. Auch ist zu beachten, daß die Bildungssysteme der Staaten verschieden und die Abschlüsse nicht immer voll miteinander vergleichbar sind.

Viele erwerbslose Ausländer

Am 25. Mai 1987 lebten in Schleswig-Holstein fast 1,2 Mill. deutsche und 38 000 ausländische Erwerbspersonen. Deren Anteil an der Bevölkerung insgesamt ist die Erwerbsquote. Sie betrug 48 % bei der deutschen und 50 % bei der ausländischen Bevölkerung. Also zählte fast jede zweite Person zu den Erwerbspersonen. Die Erwerbsbeteiligung bei den Männern lag über der bei den Frauen. Bei den Deutschen wurde eine männliche Erwerbsquote von 59 % und eine weibliche von 35 % berechnet. Bei den Ausländern betragen diese 61 % und 37 %.

Die Erwerbspersonen gliedern sich in Erwerbstätige und Erwerbslose. In Schleswig-Holstein wohnten 102 000 deutsche und über 6 000 ausländische Erwerbslose. Während von den deutschen Erwerbspersonen demnach 8,5 % zu den Erwerbslosen rechneten, zählten bei den ausländischen sogar 17 % zu dieser Gruppe.

Diese Verhältniszahl soll Erwerbslosenquotient genannt werden. Er ist nicht mit der Arbeitslosenquote des Landesamtes zu verwechseln. Dort rechnen zu den Arbeitslosen die Personen, die als arbeitssuchend beim Arbeitsamt gemeldet sind. Dagegen rechnen zu den Erwerbslosen alle Personen, die am Zählungsttag nicht hauptberuflich erwerbstätig sind und eine Arbeitsstelle suchen, unabhängig davon, ob sie als arbeitslos beim Arbeitsamt gemeldet sind.

Zunahme bei Deutschen und Ausländern

Am 27. Mai 1970 wurden 2,46 Mill. Deutsche und 37 000 Ausländer in Schleswig-Holstein gezählt. Zum Zeitpunkt der Volkszählung 1987 lebten 2,48 Mill. deutsche und 76 000 ausländische Personen im nördlichsten Bundesland. Die deutsche Bevölkerung wuchs also um 22 000 Personen, die ausländische sogar um 38 000. Allgemein verändert sich eine Bevölkerung durch Lebendgeborene, Gestorbene und Wanderungen (Zu- und Fortzüge). Im Zeitraum zwischen den letzten beiden Volkszählungen wurden 23 000 lebendgeborene und fast 3 000 gestorbene Ausländer gemeldet. Der Geburtenüberschuß betrug also 20 000 Ausländer. Dagegen ergaben 408 000 lebendgeborene und 535 000 gestorbene Deutsche einen Sterbeüberschuß von 127 000 Personen. Diese unterschiedliche Entwicklung zwischen deutscher und ausländischer Bevölkerung begründet sich im Altersaufbau und im generativen Verhalten. Aufgrund der alterslastigen Struktur der deutschen Bevölkerung hatten relativ mehr Personen das Sterbealter erreicht als bei den Ausländern. Die allgemeine Sterbeziffer drückt diesen Unterschied deutlich aus. Je 1 000 Einwohner sind bei den Ausländern im Durchschnitt 2,2 Personen und bei den Deutschen 12,4 Personen gestorben. Bei dieser Rechnung wurden die Gestorbenen des Jahres 1987 auf die Bevölkerung am 25. Mai desselben Jahres bezogen.

Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein vom 27.5.1970 bis 25.5.1987

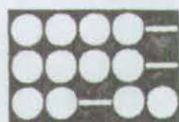
	Deutsche	Ausländer
Bevölkerung am Wohnort am 27. 5. 1970	2 456 691	37 413
Lebendgeborene ¹	408 214	23 256
Gestorbene ¹	535 358	2 941
Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung	- 127 144	+ 20 315
Rechnerischer Wanderungssaldo ²	+ 148 810	+ 18 156
Veränderung der Bevölkerung ³	+ 21 666	+ 38 471
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung am 25. 5. 1987	2 478 357	75 884

1) 1970 unter Annahme der zeitlichen Gleichverteilung berechnet
 2) Veränderung der Bevölkerung minus Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung
 3) ohne Einbürgerungen

Da diese Sterbeziffer nicht altersstrukturbereinigt ist, darf sie nicht zur Aussage verleiten, daß die Sterblichkeit bei den Deutschen höher oder die Lebenserwartung niedriger als bei den Ausländern wäre.

Die dritte Komponente, die Wanderungen, überkompensierte den Rückgang der natürlichen Bevölkerung bei den Deutschen. Im Zeitraum 1970 bis 1987 sind fast 150 000 mehr Deutsche über die Landesgrenze Schleswig-Holsteins zu- als fortgezogen. Der Wanderungssaldo, d. h. Zuzüge minus Fortzüge, war also positiv. Auch bei den Ausländern ergab sich ein positiver Wanderungssaldo (18 000 Personen).

Thomas Borck



Zahlenbeilage

<i>Daten zur Konjunktur</i>	2
<i>Jahreszahlen</i>	4
<i>Zahlenspiegel</i>	6
<i>Kreiszahlen</i>	11
<i>Zahlen für Bundesländer</i>	12

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur
Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾					
		April 1991		Januar bis April 1991	
Beschäftigte	1 000	181	+ 4,3	181	+ 4,5
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	17	+ 10,1	17	+ 3,8
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	726	+ 10,9	690	+ 10,7
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 099	+ 16,7	3 958	+ 14,5
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 294	+ 24,4	3 163	+ 21,7
Auslandsumsatz	Mill. DM	805	- 7,0	796	- 7,3
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 304	+ 15,4	2 307	+ 8,1
aus dem Inland	Mill. DM	1 685	+ 25,6	1 670	+ 23,2
aus dem Ausland	Mill. DM	619	- 2,9	637	- 18,2
Energieverbrauch	1 000 t SKE
BAUHAUPTGEWERBE²⁾					
Beschäftigte	1 000	42	+ 1,9	42	+ 4,3
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	5	+ 15,4	4	+ 0,3
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	142	+ 14,9	118	+ 10,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	461	+ 18,9	370	+ 15,4
Auftragseingang ³⁾	Mill. DM	319	- 12,0	258	+ 0,7
BAUGENEHMIGUNGEN⁴⁾					
Wohnbau	Wohnungen	922	+ 7,1	876	+ 5,7
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	479	- 27,1	482	- 11,2
EINZELHANDEL					
		März 1991		Januar bis März 1991	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	144,2	+ 14,7	128,4	+ 14,1
GASTGEWERBE					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	106,6	+ 18,7	85,3	+ 6,9
FREMDENERKEHR⁵⁾					
Ankünfte	1 000
Übernachtungen	1 000
ARBEITSMARKT					
		April 1991		Januar bis April 1991	
Arbeitslose	Anzahl	78 884	- 18,6	89 295	- 17,7
AUSSENHANDEL					
		Januar 1991		Januar bis Dezember 1990	
Ausfuhr	Mill. DM	1 041,6	- 4,0	r 997,1	- 4,7
KREDITE (Bestand am Monatsende)⁶⁾					
		März 1991		Januar bis März 1991	
kurzfristige Kredite	Mill. DM	10 783	+ 7,7	10 480	+ 8,8
mittel- und langfristige Kredite ⁷⁾	Mill. DM	53 768	+ 3,3	53 552	+ 3,1

Fußnoten nächste Seite

*Daten zur Konjunktur
Land und Bund im Vergleich*

Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %

		Januar bis Dez. 1990	Jan 1990	Juni 1990	Juli 1990	Aug. 1990	Sept. 1990	Okt. 1990	Nov. 1990	Dez. 1990	Jan. 1991	Febr. 1991	März 1991	April 1991
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾														
Beschäftigte	Land	+ 4,6	+ 4,6	+ 4,5	+ 4,7	+ 5,0	+ 5,4	+ 5,9	+ 5,2	+ 5,0	+ 5,1	+ 4,5	+ 4,3	+ 4,3
	Bund	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,7	pt 2,7	pt 2,5	pt 2,4	...
Geleistete Arbeitsstunden	Land	+ 4,7	+ 9,0	+ 1,5	+ 2,6	+ 8,0	+ 4,9	+ 6,2	+ 6,7	+ 3,3	+ 4,6	+ 2,7	- 1,5	+ 10,1
	Bund	+ 1,7	+ 10,2	- 6,3	+ 4,6	+ 2,7	- 0,2	+ 2,7	+ 1,8	- 0,7	pt 2,1	pt 1,8	p- 5,1	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 9,9	+ 10,7	+ 11,4	+ 13,2	+ 9,9	+ 11,1	+ 12,9	+ 8,0	+ 12,1	+ 11,4	+ 10,7	+ 9,8	+ 10,9
	Bund	+ 7,8	+ 9,9	+ 7,8	+ 8,4	+ 7,7	+ 6,5	+ 8,9	+ 8,3	+ 7,6	pt 7,9	pt 8,2	pt 7,1	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 11,2	+ 4,4	+ 6,2	+ 12,8	+ 21,3	+ 11,9	+ 14,3	+ 18,1	+ 9,8	+ 17,9	+ 14,9	+ 9,1	+ 16,7
	Bund	+ 7,0	+ 14,2	- 2,5	+ 10,3	+ 8,9	+ 5,6	+ 11,0	+ 9,7	+ 3,4	pt 11,4	pt 9,2	pt 3,3	...
Inlandsumsatz	Land	+ 13,7	+ 5,0	+ 9,3	+ 18,8	+ 23,3	+ 21,3	+ 19,3	+ 20,7	+ 11,1	+ 28,4	+ 19,7	+ 15,1	+ 24,4
	Bund	+ 9,5	+ 15,0	- 0,2	+ 13,5	+ 12,9	+ 9,0	+ 15,7	+ 14,8	+ 7,5	pt 17,7	pt 14,9	pt 10,0	...
Auslandsumsatz	Land	+ 3,6	+ 2,4	- 3,0	- 6,2	+ 14,0	- 14,0	- 0,7	+ 9,4	+ 5,0	- 11,9	+ 0,6	- 10,3	- 7,0
	Bund	+ 1,4	+ 12,6	- 7,3	+ 2,9	- 0,5	- 2,3	+ 0,4	- 2,0	- 5,9	p- 2,9	p- 3,5	p- 11,3	...
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	- 2,0	+ 21,0	- 20,7	+ 5,6	- 12,6	- 2,0	- 3,7	- 17,2	+ 7,4	+ 31,1	+ 8,0	- 15,7	+ 16,4
	Bund	pt 5,7	+ 12,4	- 5,2	+ 10,3	+ 11,7	+ 6,3	+ 12,8	+ 7,9	- 0,7	+ 10,7	+ 5,9	+ 0,1	...
aus dem Inland	Land	+ 4,6	+ 31,4	- 23,1	+ 11,5	- 1,2	+ 26,4	+ 6,3	+ 1,4	+ 8,9	+ 48,5	+ 9,3	+ 10,8	+ 25,6
	Bund	pt 9,9	+ 17,1	- 3,3	+ 14,3	+ 20,3	+ 10,6	+ 18,7	+ 17,9	+ 7,4	+ 18,2	+ 14,6	+ 9,4	...
aus dem Ausland	Land	- 13,2	+ 0,1	- 15,0	- 6,7	- 31,4	- 37,6	- 23,5	- 34,0	+ 4,3	- 3,0	+ 5,3	- 48,3	- 2,9
	Bund	- 1,1	+ 4,9	- 8,5	+ 3,4	- 2,8	- 1,1	+ 2,7	- 7,6	- 13,5	- 1,7	- 8,3	- 14,9	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	+ 6,4	+ 3,5	-----'	-----'	+ 24,2	-----'	-----'	- 2,9	-----'	-----'	- 5,4	-----'	.
	Bund	p- 0,3	- 1,5	-----'	-----'	- 0,8	-----'	-----'	+ 1,0	-----'	-----'	...	-----'	.
BAUHAUPTGEWERBE²⁾														
Beschäftigte	Land	+ 5,1	+ 5,0	+ 5,1	+ 5,6	+ 5,7	+ 5,9	+ 6,2	+ 6,6	+ 6,7	+ 7,4	+ 6,5	+ 1,6	+ 1,9
	Bund	+ 3,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 4,0	+ 3,7	+ 3,8	pt 4,1	pt 2,7	pt 0,8	...
Geleistete Arbeitsstunden	Land	+ 5,2	+ 14,6	- 3,1	+ 7,2	+ 8,9	- 2,6	+ 10,0	+ 4,1	+ 4,2	+ 12,0	- 30,4	- 0,7	+ 15,4
	Bund	+ 2,6	+ 13,1	- 11,5	+ 6,9	- 2,6	- 3,5	+ 4,3	+ 0,7	- 5,3	pt 2,0	p- 30,1	p- 5,9	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 13,9	+ 15,1	+ 8,4	+ 16,2	+ 12,4	+ 7,5	+ 18,0	+ 21,2	+ 20,7	+ 19,5	- 10,5	+ 14,0	+ 14,9
	Bund	+ 10,8	+ 10,9	+ 5,0	+ 11,9	+ 6,7	+ 5,5	+ 13,6	+ 17,0	+ 9,8	pt 9,8	p- 12,2	pt 8,7	...
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 18,3	+ 28,6	+ 7,1	+ 21,7	+ 34,1	+ 13,6	+ 20,9	+ 17,8	+ 19,5	+ 43,5	+ 13,5	- 4,0	+ 18,9
	Bund	+ 12,2	+ 24,4	+ 1,9	+ 13,1	+ 12,0	+ 6,5	+ 12,2	+ 13,3	+ 10,0
Auftragseingang ³⁾	Land	+ 19,3	+ 6,6	+ 12,3	+ 7,3	+ 18,2	+ 23,5	+ 22,9	+ 5,4	+ 35,0	+ 40,8	- 7,4	+ 0,8	- 12,0
	Bund	+ 15,0	+ 15,4	+ 11,7	+ 11,6	+ 9,0	+ 8,6	+ 17,8	+ 17,5	+ 12,3	pt 5,4	pt 1,3
BAUGENEHMIGUNGEN⁴⁾														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	+ 50,8	+ 85,4	+ 9,8	+ 54,5	+ 42,5	+ 61,9	+ 37,3	+ 62,2	+ 42,3	+ 50,1	+ 31,6	- 31,7	+ 7,1
	Bund	p+ 33,6	+ 40,2	+ 33,4	+ 33,0	+ 32,6	+ 34,4	+ 19,0	+ 34,7	pt 4,5
Nichtwohnbau (Umbauter Raum)	Land	+ 8,2	+ 81,2	- 25,8	+ 11,2	- 46,2	- 33,3	+ 17,7	+ 39,6	+ 41,3	- 3,6	- 12,4	- 0,6	- 27,1
	Bund	p+ 7,9	+ 3,1	- 7,0	+ 2,4	+ 7,1	+ 16,8	+ 2,5	+ 6,5	p- 2,5
EINZELHANDEL														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 12,6	+ 9,9	+ 7,3	+ 18,9	+ 20,3	+ 10,6	+ 17,7	+ 15,5	+ 14,4	+ 16,9	+ 10,6	+ 14,7	...
	Bund	+ 10,6	+ 11,6	+ 3,9	+ 16,9	+ 15,4	+ 11,7	+ 15,5	+ 13,2	+ 8,0	+ 16,3	+ 12,8	pt 11,4	...
GASTGEWERBE														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 5,8	- 1,0	+ 9,2	+ 4,4	+ 10,5	+ 5,4	+ 9,7	+ 6,0	+ 7,6	+ 1,2	- 1,5	+ 18,7	...
	Bund	+ 5,6	+ 7,1	+ 5,1	+ 5,1	+ 7,4	+ 3,5	+ 6,7	+ 5,5	+ 3,8	+ 4,1	p- 1,3
FREMDENVKKEHR⁵⁾														
Ankünfte	Land	+ 10,2	+ 4,1	+ 17,4	+ 5,8	+ 12,6	+ 9,4	+ 13,4	+ 16,5	+ 10,9	pt 7,4	pt 3,9
	Bund	...	+ 10,4	+ 7,8	+ 7,3	+ 8,0	+ 5,4	+ 5,2	+ 8,5	+ 8,0
Übernachtungen	Land	+ 9,9	+ 4,9	+ 21,1	+ 6,7	+ 6,1	+ 10,7	+ 15,2	+ 10,7	+ 14,0	pt 13,7	pt 11,4
	Bund	...	+ 5,1	+ 9,1	+ 3,4	+ 3,0	+ 4,2	+ 6,1	+ 9,1	+ 11,5
ARBEITSMARKT														
Arbeitslose	Land	- 7,5	- 4,6	- 5,7	- 6,3	- 8,9	- 10,0	- 12,7	- 15,8	- 16,6	- 17,0	- 17,4	- 19,0	- 18,6
	Bund	- 7,6	- 6,4	- 5,6	+ 5,5	- 6,6	- 8,1	- 9,9	- 13,6	- 13,1	- 14,5	- 13,2	- 14,0	- 13,7
AUSSENHANDEL														
Ausfuhr	Land	- 4,7	+ 13,3	- 21,8	- 4,7	+ 0,7	- 23,8	- 5,2	+ 5,1	- 13,9	- 4,0
	Bund	+ 0,3	+ 9,3	- 16,9	+ 4,6	- 0,6	- 8,5	+ 3,6	- 0,4	- 8,1	+ 1,9
KREDITE (Bestand am Monatsende)⁶⁾														
kurzfristige Kredite	Land	+ 10,3	+ 10,5	+ 12,5	+ 8,9	+ 9,6	+ 8,1	+ 8,5	+ 8,2	+ 11,9	+ 10,8	+ 7,9	+ 7,7	...
	Bund
mittel- und langfristige Kredite ⁷⁾	Land	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,3	...
	Bund

- 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1
 2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1
 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten
 4) Nur Errichtung neuer Gebäude
 5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen, ohne Campingplätze)
 6) Land: an inländische Unternehmen und Private) ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken
 Bund: an in- und ausländische Unternehmen und Private)
 7) einschließlich durchlaufender Kredite

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung					Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾					
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
1986	2 613	6,0	9,4	11,9	- 6	5	1 151	58	342	234	518
1987 ^a	2 554	6,4	10,2	12,1	- 5	5	1 155	62	336	247	511
1988	2 560	6,7	10,7	11,9	- 3	12	1 135	57	339	235	505
1989	2 574	6,7	10,6	11,9	- 3	33	1 166	52	349	242	523
1990

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ²⁾			
	Schülerinnen/Schüler im September in					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1980	
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %
1986	137	13	58	70	2	10	35	33	23	67 583	5,6	56 805	2,9
1987	133	13	53	67	2	10	33	32	25	69 346	2,6	57 086	0,5
1988	132	12	50	64	2	10	33	31	26	72 420	4,4	58 637	2,7
1989	133	12	48	62	2	10	33	31	26	75 846	4,7	59 503	1,5
1990	135	12	48	62	3	82 770	9,1	62 675	5,3

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehauflkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
insgesamt	darunter Milchkühe ³⁾										
1986	1 540	514	1 718	3 214	547	2 759	2 612	5 020	2 437	152	769
1987	1 497	480	1 632	.	530	2 648	2 388	4 802	2 132	121	494
1988	1 481	481	1 540	3 069	479	2 580	2 371	4 930	2 487	113	757
1989	1 491	480	1 451	.	449	2 331	2 411	5 014	2 342	141	753
1990	1 525	472	1 445	3 343	530	2 320	2 324	4 881	2 186	139	972

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁷⁾
	in 1 000			Bruttosumme in Mill. DM		in Mill. DM		1 000 t SKE ⁸⁾				Beschäftigte am 30. 6. in 1 000
1986	167	114	188	3 945	2 749	36 650	7 867	180	865	501	319	41
1987	164	112	183	3 973	2 869	35 945	8 097	169	1 259	562	333	41
1988	165	112	185	4 133	3 029	38 335	9 212	164	1 258	654	353	40
1989	169	114	186	4 325	3 245	40 969	9 833	175	1 061	676	365	40
1990	177	119	194	4 771	3 549	45 569	10 182	167	1 204	663	389	42

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen

2) ab 1988 vorläufiges Ergebnis

3) ohne Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des Übergbietlichen Versandes, ohne Übergbietlichen Empfang

6) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

7) ohne Eigenerzeugung

8) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

a) Ergebnis der Volkszählung vom 25. 5. 1987

Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr				Fremdenverkehr ³⁾				
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertigestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau 2) in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslandsgästen
1986	8	9	32	1 190	9 574	4 776	1 434	8 007	3 096	380	17 076	698
1987	7	7	29	1 125 ^{a)}	10 156	4 858	1 521	8 614	3 088	378	17 137	709
1988	7	7	24	1 132	11 087	5 492	1 724	9 277	3 193	379	17 181	724
1989	8	8	...	1 140	12 555	6 169	1 898	10 337	3 448	444	17 650	866
1990	12	8	...	1 148	11 965	6 110	1 828	10 221

Jahr	Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spareinlagen ⁶⁾ am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge	
	insgesamt	Kraftfahräder	Pkw ⁵⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt			Aufwand in Mill. DM
										Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000		
1986	1 305	54	1 107	53	16 751	371	21 591	19 119	1 137,7	459,4	100,1	71,7	
1987	1 338	52	1 140	53	15 808	337	20 383	20 150	1 222,7	486,3	99,9	72,2	
1988	1 376	51	1 177	54	17 106	372	21 989	20 736	1 311,1	514,9	106,7	77,7	
1989	1 419	51	1 218	55	16 786	344	21 619	20 080	1 420,4	566,9	118,3	82,8	
1990	1 467	52	1 262	57	17 326	364	22 574	19 526	

Jahr	Steuern						Fundierte Schulden					
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
1986	5 322	6 074	2 041	2 950	6 425	4 496	998	480	774	15 538	3 131	2 423
1987	5 605	6 197	2 077	3 245	6 690	4 850	1 029	471	763	17 047	3 241	2 509
1988	5 952	6 554	2 231	3 467	7 144	5 005	1 214	460	884	18 204	3 490	2 732
1989	6 480	6 937	2 445	3 681	7 899	5 396	1 398	491	952	18 836	3 619	2 857
1990

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet				Löhne und Gehälter							
	Erzeugerpreise ⁸⁾		Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1985 = 100	insgesamt	Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie 9) und Handel		öffentlicher Dienst			
	gewerblicher Produkte 1985 = 100	landwirtschaftlicher Produkte 1985 = 100			Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
							Männer	Frauen				
1986	97,5	94,3	101,4	99,9	100,6	715	496	3 699	2 509	4 304	3 505	2 616
1987	95,1	91,7	103,3	100,1	100,1	735	515	3 845	2 606	4 466	3 622	2 703
1988	96,3	91,8	105,5	101,4	100,3	764	536	3 986	2 708	4 631	3 708	2 767
1989	99,3	99,8	109,4	104,2	102,6	786	552	4 126	2 823	4 779	3 759	2 805
1990	101,0	94,7	116,4	107,0	105,6	821	572	4 297	2 953	4 972	3 822	2 852

1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen, Ausländer einschließlich DDR 4) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr
5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) ohne Postspareinlagen 7) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände
8) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau 10) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
a) Basis Gebäude- und Wohnungszählung 1987, ohne Wohnungen in Wohnheimen

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1989	1990	1990			1991			
			Monats- durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 574	...	2 604	2 609	2 610
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG										
Eheschließungen	Anzahl	1 437	...	736	1 202	1 241
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,7	...	3,7	5,4	5,8
Lebendgeborene	Anzahl	2 281	...	2 251	2 400	2 271
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	10,6	...	11,3	10,8	10,6
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 546	...	2 378	2 544	2 604
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,9	...	11,9	11,5	12,1
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	15	...	20	12	19
	je 1 000 Lebendgeborene	6,6	...	8,9	5,0	8,4
Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 264	...	- 127	- 144	- 333
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 1,2	...	- 0,6	- 0,7	- 1,6
WANDERUNGEN										
Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	7 672	...	10 451	13 095	10 844
Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 904	...	4 841	8 811	8 872
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 768	...	+ 5 610	+ 4 284	+ 1 972
Innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	9 121	...	8 696	10 198	9 158
Wanderungsfälle	Anzahl	21 697	...	23 988	32 104	28 874
ARBEITSLAGE										
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	101	94	114	106	97	94	94	85	79
darunter Männer	1 000	57	52	64	59	53	53	54	49	45
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	6,5	3,5	9,3	8,7	6,1	6,3	8,8	8,6	7,4
darunter Männer	1 000	5,8	3,4	8,9	8,4	5,8	5,5	7,9	7,7	6,5
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	6,5	9,3	8,0	9,1	10,3	9,3	10,3	11,6	11,8
LANDWIRTSCHAFT										
VIHBESTAND										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 491 ^a	p 1 525 ^a
darunter Milchkühe	1 000	480 ^a	p 472 ^a
(ohne Ammen- und Mutterkühe)										
Schweine	1 000	1 451 ^a	1 445 ^a	.	.	1 463	.	.	.	p 1 452
darunter Zuchtsauen	1 000	144 ^a	144 ^a	.	.	148	.	.	.	p 140
darunter trächtig	1 000	99 ^a	99 ^a	.	.	101	.	.	.	p 94
SCHLACHTUNGEN²⁾										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	41	49	40	46	36	69	57	58	62
Kälber	1 000 St.	1	1	0	0	1	1	1	1	1
Schweine	1 000 St.	189	200	168	184	203	224	182	184	205
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾										
(ohne Geflügel)	1 000 t	29,0	33,1	27,2	30,6	29,3	40,7	32,8	33,9	36,9
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	12,7	15,2	12,5	14,6	11,4	20,4	16,6	17,4	18,4
Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	16,0	17,5	14,5	15,9	17,6	19,8	15,9	16,1	18,1
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT⁴⁾										
Rinder (ohne Kälber)	kg	312	310	318	321	315	296	295	304	297
Kälber	kg	131	125	129	129	132	113	104	115	116
Schweine	kg	85	88	87	86	87	89	88	88	89
GEFLÜGEL										
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	1 000	99	96
für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
für Masthühnerküken										
Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	77	63
MILCHERZEUGUNG										
	1 000 t	201	r 194	161	r 176	221	182	158	191	211
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95	r 95	93	r 90	96	96	95	95	96
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,7	r 13,4	11,9	r 11,9	15,5	12,5	12,0	13,0	14,9

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

		1989	1990	1990			1991			
				Monats- durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	169	177	173	174	174	181	181	181	181
darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	114	119	117	117	117	122	122	122	122
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 483	16 205	15 902	16 676	15 437	16 591	16 336	16 421	16 993
Lohnsumme	Mill. DM	360,4	397,6	335,1	352,1	377,1	394,5	368,7	381,2	417,3
Gehaltssumme	Mill. DM	270,4	295,8	257,8	271,4	278,0	297,2	287,4	303,6	308,8
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 274	2 228	1 967	2 598	1 980	2 607	2 124	2 192	2 304
aus dem Inland	Mill. DM	1 437	1 502	1 323	1 435	1 342	1 957	1 447	1 590	1 685
aus dem Ausland	Mill. DM	837	726	644	1 163	638	649	678	602	619
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 414	3 797	3 259	3 702	3 514	3 955	3 744	4 040	4 099
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 595	2 949	2 437	2 836	2 648	3 182	2 917	3 263	3 294
Auslandsumsatz	Mill. DM	819	849	822	867	866	773	827	777	805
Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	15	14
Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	47,0	46,0
Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	63	71
leichtes Heizöl	1 000 t	7	7
schweres Heizöl	1 000 t	56	65
Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	281	297	283	303	284	302	294	302	301
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	34	31	30	30	36	32	32	29
Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe 6)	1980 = 100	115,3
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	39 744	41 773	38 730	40 826	41 459	41 980	41 259	41 473	42 236
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 382	4 608	3 400	4 516	4 513	3 817	2 367	4 486	5 207
darunter für Wohnungsbauten	1 000	1 623	1 782	1 331	1 790	1 720	1 600	958	1 813	2 122
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 181	1 213	1 018	1 213	1 180	1 084	752	1 187	1 361
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 493	1 484	1 013	1 013	1 484	1 039	617	1 402	1 640
Lohnsumme	Mill. DM	97,2	110,9	73,4	92,2	103,5	99,6	61,1	105,7	119,3
Gehaltssumme	Mill. DM	19,3	21,8	18,0	18,8	20,3	21,1	20,7	20,8	23,0
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	390,8	462,1	261,5	380,4	387,5	363,7	296,8	365,3	461,0
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	236,4	282,2	203,9	304,7	362,8	217,9	188,7	307,2	319,0
AUSBAUGEWERBE⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	7 542	8 284	7 950	8 019	7 986	8 630	8 625	8 607	8 652
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	896	978	891	981	916	1 018	954	990	1 042
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	21,6	25,3	21,1	22,4	22,5	26,0	24,3	25,4	26,3
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	64,0	75,2	51,5	66,5	59,3	56,0	58,2	78,1	74,8
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 185	p 2 263	2 629	2 866	2 631
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	944	p 973	968	1 020	945
Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	101,2	104,8	.	101,3	.	.	.	106,3	.
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	159,2	185,4	.	142,6	.	.	.	176,5	.

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I I 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Ab März 1991 vorläufige Ergebnisse. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II I 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III I 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1989	1990	1990			1991			
				Monats- durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	440	509	433	666	500	348	333	500	494
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	373	414	368	532	418	262	266	397	389
2 Wohnungen	Anzahl	40	53	39	97	53	32	37	62	63
Rauminhalt	1 000 m ³	353	482	344	606	446	406	382	431	478
Wohnfläche	1 000 m ²	63	87	62	107	81	75	72	78	84
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	113	123	77	122	102	94	65	130	94
Rauminhalt	1 000 m ³	557	602	331	513	657	648	290	510	479
Nutzfläche	1 000 m ²	90	97	54	94	102	112	46	83	78
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	730	1 148	799	1 336	1 031	1 078	942	1 009	1 166
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 046,3	p 996,9	1 032,1	1 058,5	947,5	1 041,6
davon Güter der										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	184,9	p 145,4	136,9	161,4	134,3	168,1
gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	861,4	p 851,6	895,2	897,1	813,2	873,5
davon										
Rohstoffe	Mill. DM	16,2	p 14,7	15,0	15,6	14,7	18,7
Halbwaren	Mill. DM	64,6	p 62,0	73,6	63,8	59,0	68,5
Fertigwaren	Mill. DM	780,6	p 774,8	806,6	817,7	739,5	786,3
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. DM	125,7	p 122,1	122,7	131,4	116,8	118,1
Enderzeugnisse	Mill. DM	654,9	p 652,8	683,9	686,3	622,7	668,3
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
EG-Länder	Mill. DM	514,1	p 509,2	496,5	563,3	473,0	575,9
darunter Niederlande	Mill. DM	104,7	p 102,2	93,8	112,6	99,0	107,4
Frankreich	Mill. DM	93,4	p 90,2	102,1	100,3	80,7	94,6
Dänemark	Mill. DM	74,5	p 77,6	66,3	80,5	67,3	107,0
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	84,5	p 75,7	67,8	77,6	75,5	83,0
EINZELHANDELSUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	116,2	130,9	105,9	125,7	125,4	124,0	117,1	144,2	...
GASTGEWERBEUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	111,3	117,7	74,2	89,8	116,5	76,3	73,1	106,6	...
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)										
Ankünfte	1 000	287	317	132	196	315	p 113	p 138
darunter von Auslandsgästen	1 000	37	40	18	24	37	p 11	p 18
Übernachtungen	1 000	1 471	1 616	465	731	1 436	p 454	p 518
darunter von Auslandsgästen	1 000	72	73	39	46	71	p 25	p 37
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 490
Güterversand	1 000 t	920
BINNENSCHIFFFAHRT										
Güterempfang	1 000 t	136	138	124	139	132	164	76
Güterversand	1 000 t	158	165	143	156	155	179	89
ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE²⁾										
Anzahl		9 987	...	10 033	13 446	12 000	12 784	11 413
darunter Krafträder	Anzahl	258	...	245	743	641	111	199
Personenkraftwagen 3)	Anzahl	8 970	...	9 081	11 678	10 398	11 783	10 327
Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	467	...	461	599	524	670	595
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 399	1 441	1 215	1 267	1 343	1 100	900	p 1 095	p 1 320
Getötete Personen	Anzahl	29	30	28	30	36	27	25	p 34	p 25
Verletzte Personen	Anzahl	1 802	1 876	1 600	1 665	1 749	1 400	1 178	p 1 429	p 1 741

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

		1989	1990	1990			1991				
				Monats- durchschnitt ¹⁾	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
GELD UND KREDIT											
KREDITE UND EINLAGEN²⁾											
Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	80 020	83 070	80 499	80 995	80 935	82 853	83 060	84 394	85 345	
darunter											
Kredite ³⁾ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	78 780	81 367	79 208	79 626	79 516	81 399	81 597	82 826	83 757	
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 784	10 565	10 034	10 464	10 300	10 447	10 600	10 925	11 194	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 336	10 451	9 585	10 011	9 917	10 313	10 343	10 783	10 831	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	448	114	449	453	383	134	257	142	363	
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 157	4 564	4 228	4 220	4 237	4 523	4 500	4 589	4 872	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 636	3 810	3 683	3 670	3 683	3 772	3 763	3 815	3 918	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	521	754	545	550	554	751	738	774	953	
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	64 839	66 238	64 946	64 942	64 979	66 430	66 497	67 312	67 691	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	48 165	49 552	48 348	48 395	48 441	49 581	49 774	49 953	50 095	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	16 674	16 686	16 598	16 547	16 538	16 848	16 723	17 359	17 596	
Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	60 676	64 837	60 724	60 007	60 548	61 692	61 810	61 356	61 849	
Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	40 596	45 311	41 093	40 611	41 331	42 398	42 542	42 126	42 727	
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	32 511	36 871	33 040	32 694	33 298	37 080	37 099	36 880	37 326	
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	8 086	8 440	8 053	7 917	8 034	5 318	5 443	5 247	5 401	
Spareinlagen	Mill. DM	20 080	19 526	19 631	19 397	19 216	19 294	19 268	19 230	19 122	
bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldschreibungen)	Mill. DM	
Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften), ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	4 103	4 623	.	4 450	
Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 viertelj.	Mill. DM	3 786	4 013	.	5 144	
ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN											
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	59	47	56	41	45	37	44	40	65	
Vergleichsverfahren	Anzahl	-	1	-	1	1	-	-	-	2	
Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	142	122	105	105	133	
Wechselsumme	Mill. DM	1,0	1,1	1,0	0,7	0,7	
STEUERN											
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART											
			Vierteljahres- durchschnitt		1.Vj.90				1.Vj.91		
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	3 099,1	3 012,8	-	2 860,1	-	-	-	3 222,6	-	
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	2 178,7	2 105,4	-	1 938,3	-	-	-	2 101,4	-	
Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 574,5	1 549,3	-	1 415,0	-	-	-	1 556,9	-	
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	349,4	376,4	-	344,8	-	-	-	288,3	-	
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	71,6	55,1	-	54,1	-	-	-	79,6	-	
Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	183,3	124,5	-	124,5	-	-	-	176,6	-	
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	920,3	907,5	-	921,8	-	-	-	1 121,2	-	
Umsatzsteuer	Mill. DM	519,2	607,8	-	658,3	-	-	-	794,6	-	
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	401,1	299,7	-	263,5	-	-	-	326,6	-	
Bundessteuern	Mill. DM	142,6	55,4	-	76,9	-	-	-	72,2	-	
Zölle	Mill. DM	- 0,0	0,0	-	-	-	-	-	-	-	
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	122,8	34,3	-	29,7	-	-	-	24,7	-	
Landessteuern	Mill. DM	212,2	213,8	-	222,6	-	-	-	235,9	-	
Vermögenssteuer	Mill. DM	35,8	37,2	-	35,2	-	-	-	49,3	-	
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	92,1	90,4	-	102,6	-	-	-	95,6	-	
Biersteuer	Mill. DM	6,9	7,9	-	5,9	-	-	-	8,1	-	
Gemeindesteuern	Mill. DM	334,0	339,7	-	325,8	-	-	-	326,9	-	
Grundsteuer A	Mill. DM	7,8	7,6	-	7,5	-	-	-	7,5	-	
Grundsteuer B	Mill. DM	76,9	76,6	-	72,7	-	-	-	78,5	-	
Gewerbesteuer											
nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	238,0	241,4	-	232,5	-	-	-	227,4	-	
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN											
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 620,0	1 523,6	-	1 439,8	-	-	-	1 612,1	-	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	860,0	858,5	-	763,2	-	-	-	811,8	-	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	598,2	589,8	-	599,2	-	-	-	728,8	-	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	19,3	19,9	-	0,6	-	-	-	- 0,7	-	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 734,2	1 794,0	-	1 657,8	-	-	-	1 910,1	-	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	998,8	927,9	-	879,3	-	-	-	981,4	-	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	503,9	632,5	-	555,3	-	-	-	693,5	-	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	19,3	19,9	-	0,6	-	-	-	- 0,7	-	
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	611,2	607,7	-	335,5	-	-	-	361,8	-	
Gewerbesteuer											
nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	199,4	201,7	-	231,3	-	-	-	228,8	-	
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	315,8	313,4	-	10,9	-	-	-	33,5	-	

Fußnoten nächste Seite

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1989	1990	1990			1991			
			Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
PREISE									
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET* 1985 = 100									
Einfuhrpreise ⁶⁾	84,4	82,5	82,2	82,4	81,8	83,2	82,2	82,4	...
Ausfuhrpreise ⁶⁾	102,1	102,2	101,7	101,9	102,1	102,7	102,8	103,2	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ⁶⁾	92,8	91,4	90,9	91,0	90,9	r 91,7	90,7
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ⁶⁾	99,3	101,0	100,1	100,2	100,7	102,4	102,3	102,0	...
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	99,8	94,7	97,0	97,7	98,2	p 91,8	p 94,3	p 94,9	...
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	109,4	116,4	113,2	.	.	.	120,5	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	96,4	95,7	96,1	96,7	96,6	96,0	p 97,2	p 96,7	...
Einzelhandelspreise	102,3	104,4	103,8	103,8	104,0	106,0	106,3	105,8	106,3
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	104,2	107,0	106,2	106,3	106,5	108,8	109,1	109,0	109,5
darunter für									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	102,6	105,6	104,4	105,3	105,9	106,7	107,2	107,6	108,2
Bekleidung, Schuhe	106,0	107,5	106,7	106,9	107,0	108,8	108,9	109,2	109,5
Wohnungsmieten	108,8	112,5	111,0	111,3	111,7	114,6	115,1	115,7	116,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	82,0	85,5	83,5	83,5	83,4	91,1	91,7	86,8	87,3
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	104,9	107,3	106,3	106,5	106,8	108,5	108,9	109,3	109,6
LÖHNE UND GEHÄLTER									
- Effektivverdienste in DM -									
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	786	821	.	.	797	830
darunter Facharbeiter	827	860	.	.	834	872
weibliche Arbeiter	552	572	.	.	561	582
darunter Hilfsarbeiter	526	545	.	.	535	554
Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	19,44	20,47	.	.	20,10	20,92
darunter Facharbeiter	20,49	21,57	.	.	21,15	22,08
weibliche Arbeiter	14,07	14,65	.	.	14,40	14,96
darunter Hilfsarbeiter	13,34	13,86	.	.	13,65	14,14
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	40,4	40,0	.	.	39,7	39,7
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,2	39,0	.	.	39,0	38,9
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	4 759	4 960	.	.	4 890	5 104
weiblich	3 285	3 433	.	.	3 371	3 530
Technische Angestellte									
männlich	4 849	5 066	.	.	4 964	5 184
weiblich	3 217	3 382	.	.	3 298	3 491
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	3 831	3 990	.	.	3 969	4 108
weiblich	2 634	2 754	.	.	2 745	2 863
Technische Angestellte									
männlich	3 772	3 753	.	.	3 773	4 050
weiblich	(2 653)	(2 700)	.	.	(2 627)	(2 591)
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	4 126	4 297	.	.	4 259	4 435
weiblich	2 823	2 953	.	.	2 930	3 071
Technische Angestellte									
männlich	4 779	4 972	.	.	4 884	5 115
weiblich	3 205	3 371	.	.	3 285	3 478

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken
3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage
6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Hinweis: *) Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 8. 1990			Bevölkerungsveränderung im August 1990			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im April 1991 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
		in %							
FLENSBURG	87 193	+ 0,0	+ 1,3	21	15	36	22	-	29
KIEL	245 557	- 0,1	+ 1,6	- 30	- 276	- 306	132	-	158
LÜBECK	215 071	+ 0,2	+ 1,7	- 12	350	338	111	2	127
NEUMÜNSTER	80 719	+ 0,0	+ 1,3	42	- 8	34	46	1	58
Dithmarschen	129 075	+ 0,1	+ 1,4	31	73	104	67	4	91
Hzgt. Lauenburg	159 151	+ 0,2	+ 2,5	62	296	358	80	1	103
Nordfriesland	152 513	+ 0,1	+ 1,5	23	83	106	89	2	121
Ostholstein	189 216	+ 0,1	+ 2,1	- 34	208	174	89	3	108
Pinneberg	268 144	+ 0,1	+ 1,6	52	258	310	146	-	194
Plön	120 466	+ 0,5	+ 3,3	- 7	557	550	45	3	69
Rendsburg-Eckernförde	246 703	+ 0,2	+ 1,4	65	374	439	119	5	159
Schleswig-Flensburg	180 138	+ 0,1	+ 1,5	48	109	157	73	-	111
Segeberg	219 926	+ 0,2	+ 1,8	30	386	416	129	2	189
Steinburg	128 477	+ 0,3	+ 1,9	34	373	407	75	2	97
Stormarn	198 298	+ 0,1	+ 1,5	- 18	299	281	97	-	127
Schleswig-Holstein	2 620 647	+ 0,1	+ 1,7	307	3 097	3 404	1 320	25	1 741

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand ⁵⁾ am 1. 1. 1991		
	Betriebe am 30. 4. 1991	Beschäftigte am 30. 4. 1991	Umsatz ⁴⁾ im April 1991 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷⁾
FLENSBURG	69	9 248	251	40 386	36 141	414
KIEL	134	22 291	371	111 970	100 075	408
LÜBECK	142	21 689	402	97 682	87 369	406
NEUMÜNSTER	72	10 537	139	40 835	36 350	450
Dithmarschen	68	7 120	326	76 104	62 174	482
Hzgt. Lauenburg	105	9 079	155	93 299	81 054	509
Nordfriesland	57	3 572	124	91 752	75 261	493
Ostholstein	90	6 788	149	105 369	91 004	481
Pinneberg	194	21 591	545	150 660	131 701	491
Plön	45	3 095	58	68 257	58 099	482
Rendsburg-Eckernförde	130	10 638	207	144 599	122 134	495
Schleswig-Flensburg	82	5 655	146	107 712	88 202	490
Segeberg	191	20 257	478	143 029	123 167	560
Steinburg	82	9 527	253	74 974	62 253	485
Stormarn	175	20 213	496	120 502	106 305	536
Schleswig-Holstein	1 636	181 300	4 099	1 467 130	1 261 289	481

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 8. 1990 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Bevölkerungsstand: 31. 8. 1990

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. 3. 1990			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 30. 4. 1991	Kurzarbeiter Monatsummitte April 1991	offene Stellen 30. 4. 1991	Schweine insgesamt am 3. 12. 1990	Rindvieh am 3. 12. 1990	
		VZ 1987	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe
		in %							
Schleswig-Holstein	2 608,6	+ 2,1	+ 1,6	78,9	7,4	11,8	1 445	1 525	472
Hamburg	1 636,0	+ 2,7	+ 1,9	64,1	1,3	7,5	p 5	p 12	p 2
Niedersachsen	7 318,4	+ 2,2	+ 1,8	238,4	9,7	32,1	p 7 111	p 3 325	p 943
Bremen	677,6	+ 2,7	+ 2,3	32,1	1,8	4,1	p 4	p 16	p 4
Nordrhein-Westfalen	17 190,4	+ 2,9	+ 1,7	558,9	47,4	71,8	p 5 869	p 1 957	p 525
Hessen	5 691,7	+ 3,3	+ 2,1	121,3	7,9	26,6	p 1 071	p 717	p 229
Rheinland-Pfalz	3 717,6	+ 2,4	+ 1,6	79,7	6,6	17,7	p 511	p 548	p 184
Baden-Württemberg	9 670,4	+ 4,1	+ 2,2	152,3	19,2	84,3	p 2 204	p 1 594	p 574
Bayern	11 282,5	+ 3,5	+ 1,9	196,7	34,4	83,4	p 3 717	p 4 824	p 1 809
Saarland	1 068,3	+ 1,2	+ 1,3	36,5	4,8	4,1	p 36	p 67	p 22
Berlin (West)	2 140,6	+ 6,4	+ 3,2	93,1	4,7	5,8	x	x	x
Bundesgebiet	63 002,2	+ 3,2	+ 1,9	1 651,9	145,1	349,1	x	x	x

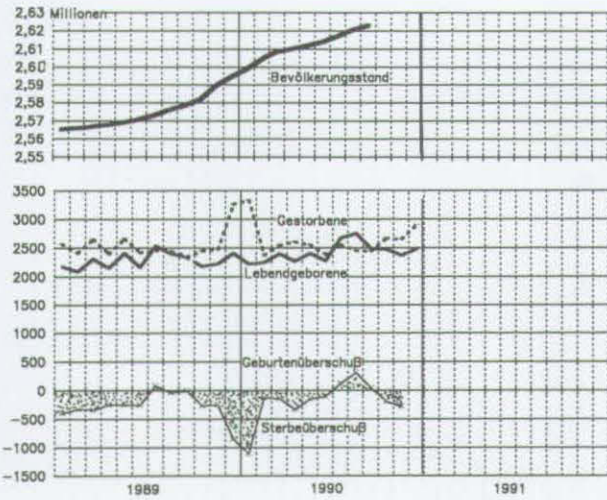
Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾			Wohnungswesen im September 1990	
	Beschäftigte am 28. 2. 1991 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Februar 1991		Beschäftigte am 31. 12. 1990 in 1 000	Je 1 000 Einwohner ⁴⁾	Anzahl	Je 10 000 Einwohner ⁴⁾	zum Bau genehmigte Wohnungen
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %					
		in %						
Schleswig-Holstein	42	16	1 299	5,0	
Hamburg	22	13	343	2,1	
Niedersachsen	114	16	3 777	5,2	
Bremen	11	16	80	1,2	
Nordrhein-Westfalen	239	14	6 498	3,8	
Hessen	90	16	3 063	5,4	
Rheinland-Pfalz	62	17	1 967	5,3	
Baden-Württemberg	172	18	6 458	6,7	
Bayern	239	21	7 358	6,6	
Saarland	17	16	329	3,1	
Berlin (West)	37	17	1 319	6,2	
Bundesgebiet	1 045	17	32 491	5,2	

Land	*Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. 1. 1991			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im Februar 1991				Bestand an Spar- einlagen 8) am 28. 2. 1990 in DM je Einw. 9)	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt in 1 000	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner 4)								
		in DM je Einwohner ⁹⁾									
Schleswig-Holstein	1 467	1 261	484	900	25	1 178	134	7 636
Hamburg	753	678	414	520	7	666	129	10 372
Niedersachsen	4 178	3 570	488	2 332	58	3 081	135	9 133
Bremen	309	278	410	185	2	225	123	10 580
Nordrhein-Westfalen	9 102	8 111	472	4 377	87	5 663	131	9 847
Hessen	3 402	2 959	520	1 770	45	2 431	140	11 537
Rheinland-Pfalz	2 246	1 900	511	1 134	31	1 514	136	10 729
Baden-Württemberg	5 795	4 916	508	2 798	68	3 775	137	11 991
Bayern	6 947	5 683	504	3 663	115	5 083	142	12 226
Saarland	609	541	507	331	4	436	133	9 787
Berlin (West)	857	747	349	537	3	676	126	9 119
Bundesgebiet	35 769	30 695	487	18 922	461	25 192	136	10 627

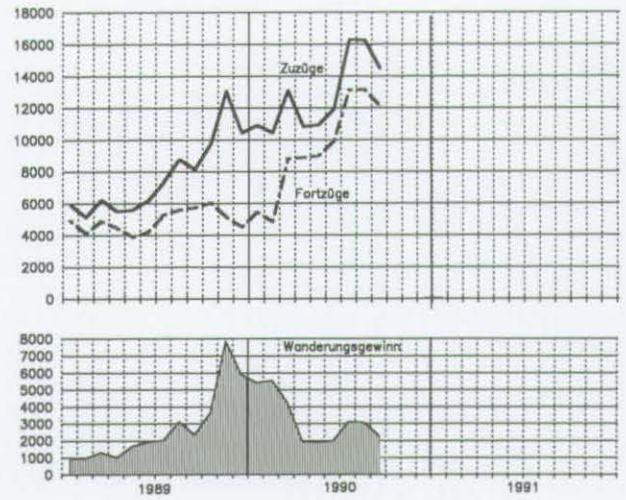
* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Endgültige Werte 4) Bevölkerungsstand am 31. 3. 1990
 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, Länder: ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; Bundesgebiet: einschl. Bundespost und Bundesbahn
 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 8) ohne Postspareinlagen
 9) Bevölkerungsstand: 30. 6. 1989

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

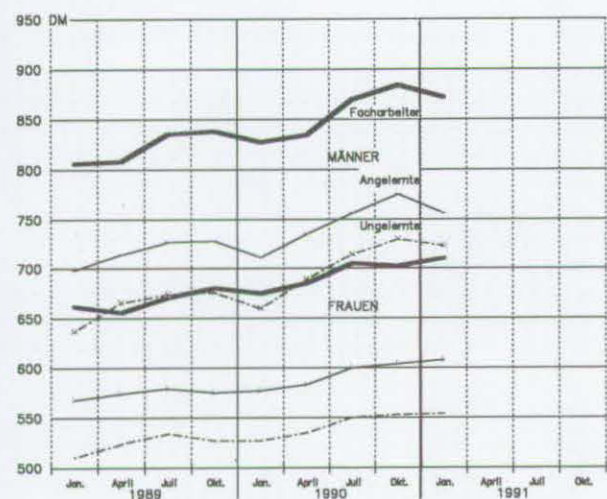
Bevölkerungsstand



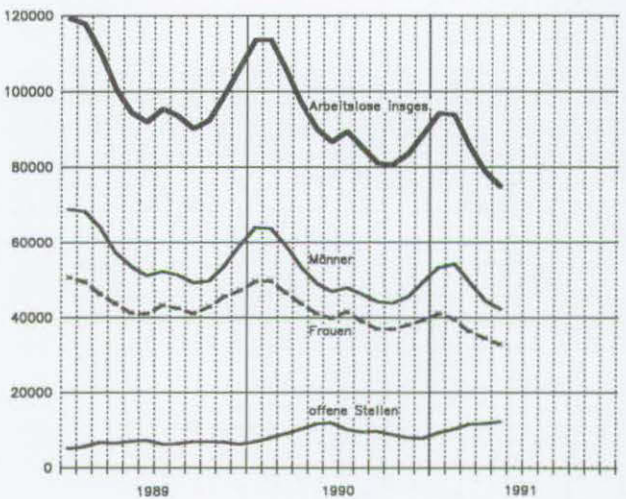
Bevölkerungsveränderung



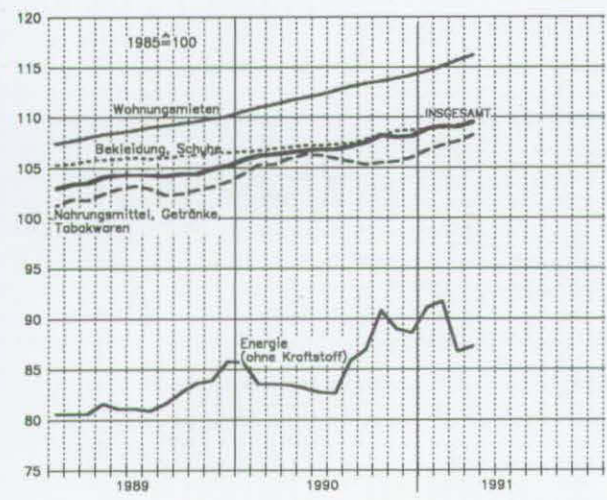
Bruttowochenverdienste



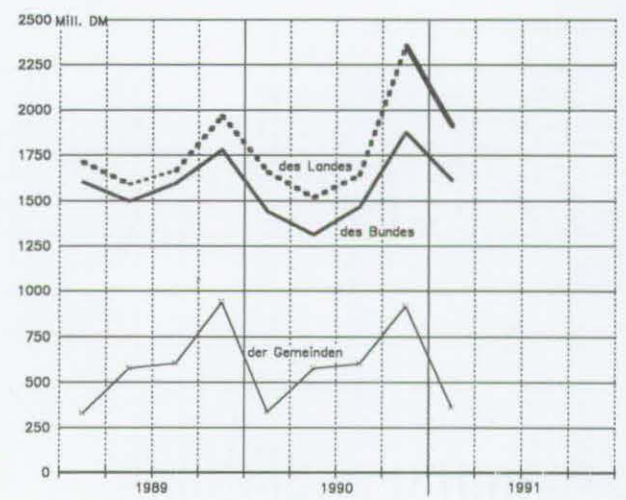
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

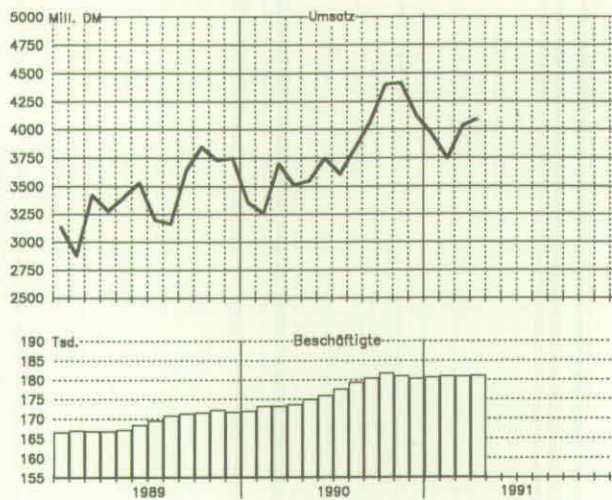


Steuereinnahmen

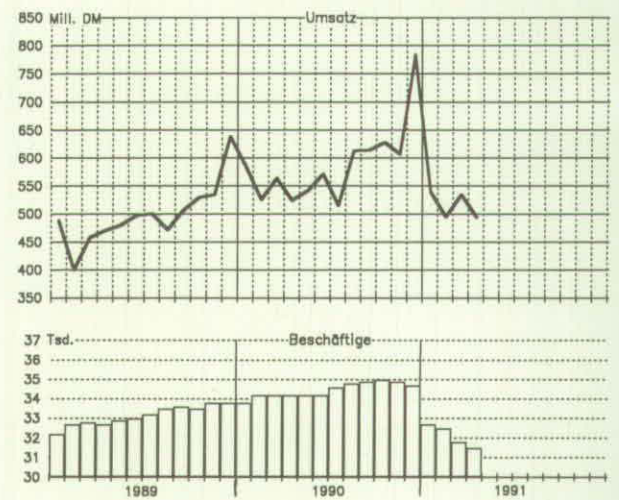


Verarbeitendes Gewerbe

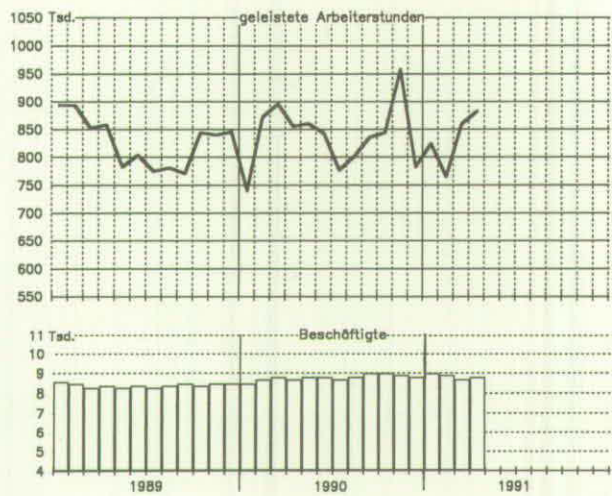
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



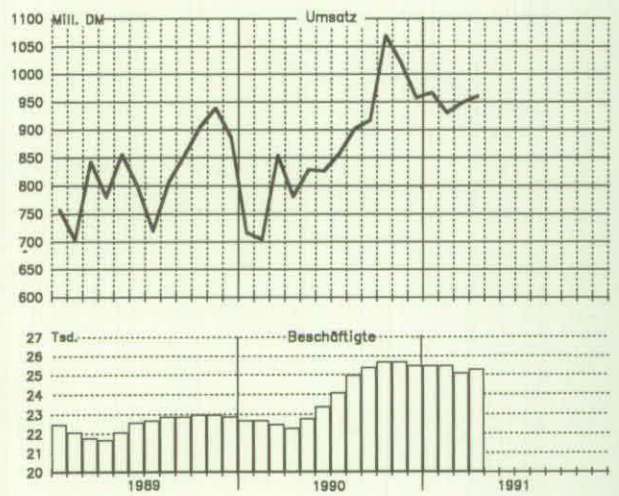
darunter Maschinenbau



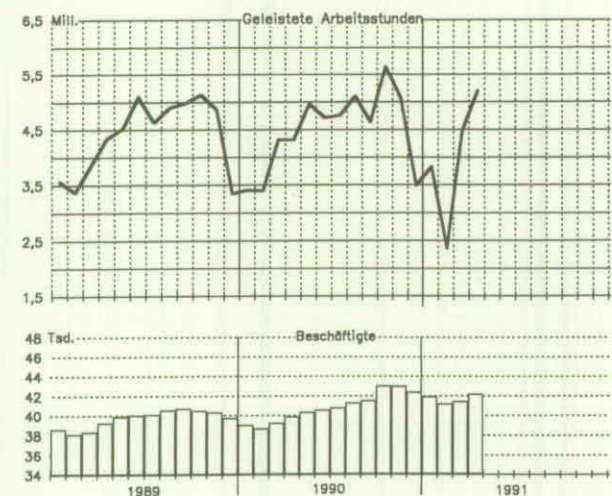
darunter Schiffbau



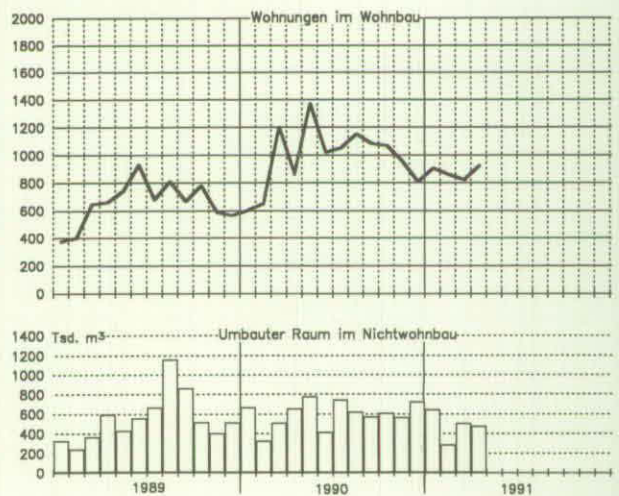
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe



Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen



Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ⚡ = entspricht

